



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 1/1976
1,50 DM

**INTERVIEW:
ISRAEL
SHAHAK**

**KAMPF
UM ANGOLA**

— LOPO DO NASCIMENTO, A. SEKOU TOURE, FIDEL CASTRO —

Inhalt

AIB-Aktuell

Zuspitzung der Angola-Frage S. 3

Fidel Castro: Kubas Hilfe für das
angolanische Volk S. 4

Angola

Ahmed Sékou Touré
Der Kampf um Angola – Entscheidung
für die Zukunft Afrikas S. 4 – 9

Lopo do Nascimento
Aufgaben und Ziele der
neuen Staatsmacht S. 10 – 13

Israel

AIB-Interview mit Israel Shahak, Vor-
sitzender der Liga für Menschenrechte
Ich erhebe meine Stimme gegen die
israelischen Kriegsverbrechen S. 14 – 15

Ost-Timor

Jürgen Ostrowsky
Die indonesische Invasion in Ost-Timor S. 16 – 17

Laos

Wolfram Brönner
Votum für den sozialistischen Weg S. 18 – 19

Vietnam

Schlußkommuniqué der beratenden
politischen Konferenz für die Wieder-
vereinigung des vietnamesischen
Vaterlandes S. 20 – 23

Rede von Truong Chinh
Die vietnamesische Revolution vor
neuen großen Aufgaben S. 24 – 27

Westsahara

Selbstbestimmungsrecht für das Volk
der Westsahara S. 28

Uruguay

Sergio Sierra
Eskalation der fachistischen
Unterdrückung S. 29 – 31

Kurzinformation

Chile, Aktion: Schulmaterialien
und Sportausrüstungen für Angola,
Guinea-Bissau und Moçambique S. 31 – 32

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner (presserech-
tlich verantwortlich), Wolfram Brönner, Wolfgang Rit-
ter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
W. Becker, D. Fendt, M. Hellmann, O. Jäckel,
E. Jettka, H. Kiel, J. Küster, P. Maaskola, J. Ostrowsky,
M. Passolt, E. Probst, G. Ritter, I. v. Schönberg,
B. Schwiening, J. Vogt

Redaktionsschluß dieser Nummer: 23. Januar 1976

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- Werbekarte der Deutschen Volkszeitung
- Anzeige der Deutschen Volkszeitung
- Anzeige der Evangelischen Studentengemeinde

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Aktuell: Zuspitzung der Angola-Frage



Das in der BRD-Presse über die Situation in Angola vorherrschende Bild ist von rigorosen Verfälschungen und Hetzpropaganda gegen die MPLA und ihre Unterstützung durch die Sowjetunion und Kuba gekennzeichnet.

Was der "Freie Westen" gerne unterschlägt

Bezeichnenderweise fehlen Informationen über die tatsächliche Lage in den von der MPLA beherrschten Gebieten fast völlig. Diese Unterschlagungspraxis hat Methode, kann doch auf ihr erst die Diffamierung der MPLA und ihrer Politik funktionieren. So las man nichts über den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau unter schwierigsten Bedingungen, über die Organisation eines demokratischen Lebens durch das angolansiche Volk und die MPLA als seine Avantgarde. Ebensovienig wurde von der im November 1975 verabschiedeten, 60 Artikel umfassenden Verfassung der VR Angola Notiz genommen. Sie definiert Ziele und Aufbau der VR Angola als souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat, die Beseitigung des kolonialen Erbes und jeglicher Ausbeutung. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO legt sie das Staatseigentum an allen Naturreichtümern, aber auch die Rolle des Privateigentums und seiner "Aktivitäten, auch (des) ausländisch(en) Privateigentum(s), soweit es der Wirtschaft des Landes und den Interessen des angolansichen Volkes dient", sowie u.a. die Struktur des demokratischen Staatsaufbaus fest. Welche Probleme sich hierbei stellen, erläutert in dem nachstehenden Interview der Ministerpräsident der VR Angola, Lopo do Nascimento.

Wenn dennoch die imperialistische Presse sich in Hetzkommentaren und -berichten überschlägt und die Behauptung aufstellt, "der Krenl" greife nach den Rohstoffquellen der "freien Welt" und entwickle sich gar zum "neuen Kolonialherren Afrikas", so hat dies neben der emotionalen Aufputzung mehrere Funktionen:

Kuba und Sowjetunion in der Schußlinie

Die ständig praktizierte Identifizierung jedweder nationalen Befreiungsbewegung mit Subversion seitens "Moskaus" dient der Diffamierung der Bewegung einerseits, der Legitimierung der Konterrevolution, der Intervention durch den Westen im Namen der Freiheit andererseits.

Die gleiche Hetze aus gleichem Grunde richtet sich derzeit v.a. gegen Kuba und seine internationalistische Hilfe für das angolansiche Volk. Fidel Castro hat darauf am 17. Januar d.J. unmißverständlich geantwortet (s. die nachfolgenden Auszüge aus seiner Stellungnahme). Der Hintergrund dafür ist die Tatsache, daß die nationale Befreiung die Nationalisierung der Reichtümer des Landes einschließt, sie der bisherigen Kontrolle der internationalen Rohstoffmonopole zu entziehen droht. Die heftigen Angriffe der imperialistischen Staaten - jüngst auch Bundesaußenminister Genscher - aber demonstrieren: Die Devise der internationalen Konzerne und ihrer staatlichen Schutzpatrone heißt Herrschaft, nicht Kooperation, heißt neokoloniale Ausbeutung zu Höchstprofitten statt selbständige Entwicklung der jungen Nationalstaaten. Insofern handelt es sich tatsächlich um die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus auf der einen, nationaler Befreiungsbewegung und Sozialismus auf der anderen Seite. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß die sozialistischen Länder die Befreiungsbewegung stets nachhaltig unterstützt haben und an ihrer Seite stehen; zum anderen darauf, daß die konsequent nationalrevolutionäre Entwicklung

zu sozialrevolutionären Umgestaltungen, also zur antikapitalistischen und sozialistischen Perspektive tendiert.

Das Patt in der OAU

Diese Konstellation bildet den Hintergrund für die OAU-Konferenz, die vom 10.-13. Januar in Addis Abeba stattfand. Der Präsident der Republik Guinea, Ahmed Sekou Touré, Staatschef eines konsequent antiimperialistischen und sozialistisch orientierten Landes, das stets an der Seite der Befreiungsbewegungen gestanden hat, präziserte in einem bedeutenden Aufsatz vor der Konferenz diese Ausgangslage als Punkt, an welchem die Vertreter der afrikanischen Staaten die Wahl zu treffen hätten zwischen Revolution und fortschrittlicher Perspektive für Afrika oder für den Sieg des Neokolonialismus in Angola und damit einen Rückschlag für ganz Afrika (siehe Auszug auf den folgenden Seiten).

Einen anderen Weg gab es für die OAU nicht: Die sogenannte "neutrale" Lösung - Bildung einer Koalitionsregierung in Angola - stellte nichts anderes dar als die Etablierung ausge-rechnet jener Kräfte, die Angola den Interessen des Neokolonialismus auszuliefern beabsichtigten.

Die Entscheidung zugunsten oder gegen eine revolutionäre Entwicklung in Angola hat jedoch über die Frage hinaus Bedeutung, ob die fortschrittlichen Länder Afrikas Verstärkung erhalten würden durch ein Angola unter Führung der MPLA oder aber nicht. Ein Sieg der MPLA konfrontierte zahlreiche, zumal benachbarte afrikanische Länder - wie Zaire und Sambia - mit der Entstehung eines sich schnell unter revolutionärer Führung entwickelnden reichen Landes mit sozialistischer Perspektive - des ersten in Afrika, in dem für eine derartige Zukunft die materiellen Voraussetzungen so günstig sind. Diese Beispielwirkung und anti-kommunistische Vorbehalte zeichnen auch verantwortlich dafür, daß viele afrikanische Regierungen, angeführt von dem ugandischen OAU-Vorsitzenden Idi Amin, ihr Heil in einer Lösung suchten, die sie zwangsläufig in ein Bündnis mit dem Imperialismus und eine inkonsequente Haltung gegenüber dem südafrikanischen Rassistenregime bringt. So vermochte sich die OAU-Tagung, angesichts der Pattsituation zwischen Befürwortern und Gegnern einer aktiven Unterstützung der VR Angola, nicht zum militärisch-politischen Eingreifen der OAU gegen die imperialistisch-rassistischen Interessen durchzuringen.

"Der Sieg ist sicher"

Die Entwicklung aber verläuft zugunsten der MPLA: Von den 46 afrikanischen Staaten haben 25 bislang die VR Angola anerkannt, das Marionettenregime Roberto/Savimbi kein Land der Welt. Die Lage im Freiheitskampf in Angola selbst ist vorteilhaft für die Volksbefreiungstreitkräfte: Die FNLA im Norden ist geschlagen, auch an den Fronten im Süden befinden sich die FAPLA-Verbände im Vormarsch. Lediglich die Verbände der südafrikanischen Aggressoren und Söldnerhorden sind Stützen des nominell von der UNITA gehaltenen Landes-teils. Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, den sofortigen Rückzug der Rassistenarmee zu erzwingen, die in Angola das Werk der NATO-Mächte vollbringt. Den Sieg des angolansichen Volkes unter der Führung der MPLA wird der Imperialismus nicht verhindern können - es wird ein Sieg sein für die Sache des Fortschritts in Afrika.

Fidel Castro : Kubas Hilfe für das angolische Volk



"Die militärische Hilfe Kubas hat nach der Invasion südafrikanischer Truppen in Angola begonnen, und sie wird fortgesetzt, solange die Regierung dieses Landes es wünscht", mit diesen klaren Worten eröffnete Fidel Castro am 17. Januar d.J. eine internationale Pressekonferenz in Havanna.

"Bevor südafrikanische Einheiten auf das Territorium dieses Staates am 23. Oktober vorigen Jahres eindringen, war nicht ein einziger kubanischer Soldat in Angola. Erst nach dieser Invasion haben wir auf Wunsch Angolas Soldaten entsandt und zwar nicht aus ökonomischen Interessen oder damit der Sozialismus in Angola errichtet wird, sondern um das Volk dieses Landes in seinem Kampf gegen die imperialistische Aggression zu unterstützen." Entschieden wies Fidel Castro alle Versuche zurück, "die imperialistische Einmischungspolitik, wie sie seit eh und je in allen Teilen der Welt betrieben wird, mit der Hilfeleistung Kubas für Angola auf eine Stufe zu stellen. Der Imperialismus führt auf diesem afrikanischen Territorium einen der schmutzigsten

Kriege in seiner Geschichte. Ihm geht es um die Reichtümer Angolas und darum, die Einheit Afrikas zu verhindern. Wenn Angola bezwungen wird, so hoffen die Imperialisten, könnten sie ihre neokolonialistische Herrschaft über Afrika verlängern."

Es sei ganz offensichtlich die Absicht des Imperialismus gewesen, "nach dem 23. Oktober 1975 einen Blitzkrieg zu führen und zu verhindern, daß die MPLA am 11. November die Regierung übernimmt", betonte der kubanische Ministerpräsident. "Diese Blitzkriegstrategie ist gescheitert nicht zuletzt dank der kubanischen Unterstützung, die mit der Schnelligkeit und Effektivität erfolgte, wie sie für die kubanische Revolution charakteristisch ist."

Fidel Castro sagte, "Angola ist den südafrikanischen Imperialisten und Rassisten wie ein Knochen im Halse steckengeblieben. Die MPLA ist dabei, diesen Befreiungskrieg zu gewinnen, es zeigt sich eindeutig bei den Fortschritten bei der Befreiung von Städten und Gebieten sowie an den katastrophalen Verlusten der Rassisten, deren Blitzkriegswahn sich jetzt in Angst und Schrecken verwandelt. Was den Umfang der militärischen Hilfeleistung Kubas für Angola betrifft, so ist es Sache der MPLA, darüber Angaben zu machen."

Fidel Castro erklärte, "Südafrika ist in gewisser Weise mit dem damaligen Hitler-Deutschland zu vergleichen. Man muß sich auch fragen, wie die USA-Regierung vor der schwarzen Bevölkerung ihres Landes die Hilfe rechtfertigen will, die sie diesem südafrikanischen Rassisten-Regime bei der Unterdrückung der Farbigen erweist."

Ministerpräsident Castro bekräftigte, "Kuba wird niemals seine internationalistischen Prinzipien preisgeben, nur um mit den Vereinigten Staaten an den Verhandlungstisch zu kommen. Die USA verlangen von uns, daß wir unsere Unterstützung für die gerechte Sache Puerto Ricos und Panamas und nun auch Angolas aufgeben, das aber ist absolut unmöglich. Dies kann niemals der Preis sein, den wir für eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA zahlen."

(Quelle: ADN-Korrespondenz, 17.1.1975)

Ahmed Sékou Touré Der Kampf um Angola - Entscheidung für die Zukunft Afrikas

(...) Kommen wir auf die Angola-Frage zurück. Als Portugal ankündigte, daß es bereit sei, die Unabhängigkeit Angolas zum 11. November 1975 anzuerkennen, unternahm die OAU nichts, um dem angolischen Volk vor diesem Datum ernsthaft zu helfen. Warum?

Bluthunde des Imperialismus

Wir haben vorhin an den Kuhhandel erinnert, den Mobutu und Spínola auf der Insel Sal unter sich aushandelten, ein Kuhhandel, der die Interessen des imperialistischen Kapitalismus in den portugiesischen Kolonien widerspiegelt. Spínola ist zwar in Portugal nicht mehr an der

Macht, aber das Geschäft war damit nicht aufgehoben: Zaire sollte Cabinda annectieren und gleichzeitig versprechen, gewissen kapitalistischen Mächten freie Hand zu lassen, um die enormen Erdölvorräte auszubeuten, die diese angolische Provinz besitzt. In Luanda sollte Holden Roberto, ein Agent des Imperialismus und Mobutus, als Staatschef über die anderen Provinzen Angolas eingesetzt werden - gebunden an das feste Versprechen, dem Imperialismus bei der Ausbeutung dieses Landes nichts in den Weg zu stellen. Somit würde der Imperialismus über einen Bluthund verfügen,

der seine Interessen und die des gesamten südlichen Afrika zu schützen bereit wäre. Der Imperialismus schmiedet ja nicht sein erstes Komplott gegen Afrika mit dem geheimen Einverständnis von Afrikanern, die die Sache Afrikas verraten. Zum Beispiel bediente sich der Imperialismus Tschombés, um Kongo-Zaire die Reichtümer von Katanga zu entreißen. Und die Abspaltung Katangas war erst in dem Augenblick vollzogen, als sich der Imperialismus, nachdem er Lumumba umgebracht hatte, eine gewisse Kontrolle über die Wirtschaft dieses Brudervolkes hatte verschaffen können.

Kuhhandel Mobutu - Idi Amin

Was das entscheidende Datum des 11. November 1975 in Angola angeht, so beglückwünschten sich die Verräter zu dem auf der Insel Sal zustande gekommenen Kuhhandel Mobutu-Spinola. Zugleich muß man sehen, daß zwischen Mobutu und Idi Amin Verbindungen existieren, die Amin die Möglichkeit gaben, die guten Dienste Mobutus in Anspruch zu nehmen, um gewisse Meinungsverschiedenheiten zu regeln, die Amin vor kurzem in Opposition zur britischen Regierung brachten. Mobutu machte und macht Gebrauch von diesen engen Beziehungen zu Amin, um diesen dazu zu bewegen, ihm bei der Durchführung seiner Aktion, die auf dem Rücken des angolanischen Volkes beschlossen wurde, behilflich zu sein. Was hat Amin dazu veranlaßt?

Nachdem Idi Amin in letzter Zeit gewisse imperialistische Staaten durch einige Inkonsequenzen in ihren Augen ein wenig zu nervös gemacht hatte, sieht es jetzt so aus, als ob er in einer zentralen Frage, nämlich der Befreiung Afrikas, die Imperialisten beruhigen und beschwichtigen wolle und zwar auf Kosten der Völker Afrikas. Auf diese Weise gibt er denjenigen Recht, die sich die Frage stellen, ob "Afrika so wenig politische Reife besitzt, die Präsidentschaft der OAU einem Menschen mit solch unvorhersehbaren und schwankenden Verhaltensweisen anzuvertrauen".

Gemeinsame Front mit FNLA und UNITA?

Es sei daran erinnert, daß wir alle, um die FNLA und UNITA dem Imperialismus zu entreißen, mit dem Ziel eine gemeinsame Front gegen den sich in Auflösung befindenden portugiesischen Kolonialismus zu bilden, die MPLA darum baten, diese beiden Organisationen als wirkliche Befreiungsbewegungen anzuerkennen. Mehrere Versuche wurden in dieser Richtung unternommen, sie scheiterten jedoch allesamt, da FNLA und UNITA sich weigerten, ihre Verbindungen zum Imperialismus aufzugeben. Und gerade dieses Argument, nämlich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front von MPLA und den beiden Ma-

riionettenorganisationen FNLA und UNITA, benutzt Amin auf kriminelle Weise gegen das angolanische Volk, gegen die Unabhängigkeit und die Integrität Angolas - zum Nutzen des Imperialismus, der Rassisten in Südafrika und seines Kollegen Mobutu.

Dieser Mobutu will das Erdöl von Cabinda an sich reißen. Er gibt vor, nicht zu wissen, daß die Einheit, die man anstrebte, kein anderes Ziel als die Unabhängigkeit Angolas hatte. Da das Streben nach Einheit immer mehr in Widerspruch geriet mit solcherart von Unabhängigkeit, die aus der Abhängigkeit der FNLA und UNITA vom Imperialismus besteht, wäre es notwendig gewesen, daß die OAU mit aller Kraft und ausschließlich die MPLA unterstützt hätte und zwar für die umfassende Durchsetzung unseres gemeinsamen Zieles: die vollständige Unabhängigkeit und Integrität Angolas.

Idi Amins Verrat

Schließlich schlug Idi Amin vor:

- 1.) Portugal solle die Proklamation der Unabhängigkeit Angolas um einige Tage verzögern;
- 2.) danach solle Portugal die Macht der OAU übertragen und nicht dem Volk von Angola, das in der MPLA organisiert ist und mit der Waffe in der Hand seit dem 4. Februar 1961 kämpft;
- 3.) eine Armee der OAU werde nach Angola ge-



Präsident Ahmed Sékou Touré

hen, um sich an die Stelle der portugiesischen Okkupanten zu setzen und das Volk unter ihrer Herrschaft zu halten.

Das ist eine Beleidigung für das Volk von Angola, eine Beleidigung für Afrika, die wir nicht hinnehmen können.

Wir erinnern uns gut daran, daß wir in der Vergangenheit immer die Aufstellung einer afrikanischen Armee gefordert haben. Wir taten dies gleichzeitig mit Präsident Nkrumah; aber wir forderten dies, um gegen die imperialistischen Truppen oder zugunsten afrikanischer Gebiete unter fremder Herrschaft zu intervenieren und nicht, um eine Befreiungsbewegung auszuhöhlen, die durch härtesten Kampf die Unabhängigkeit, die Früchte ihres Sieges erkämpft hat. Die reaktionären afrikanischen Regierungen haben sich gegen die Konstituierung einer solchen Befreiungsarmee gewandt, und heute fordert man, da Portugal sich zurückzieht, daß Portugal die Macht an die OAU übergibt und die OAU Truppen entsendet, um Angola zu besetzen. Wenn dies keine Beleidigung für Afrika ist?

Im Laufe der Geschichte zahlt sich alles aus. Diejenigen, die sich heute noch sehr stark fühlen, werden morgen sehr schwach sein, aus Gründen, die nicht von ihnen abhängen. Was bleiben wird, ist das Recht. Jedes andere, auf Intrigen, Unehrlichkeit und Verrat aufgebaute Gebäude bricht zwangsläufig früher oder später in sich zusammen. Aus diesem Grund zögern wir nicht, die Dinge beim Namen zu nennen:

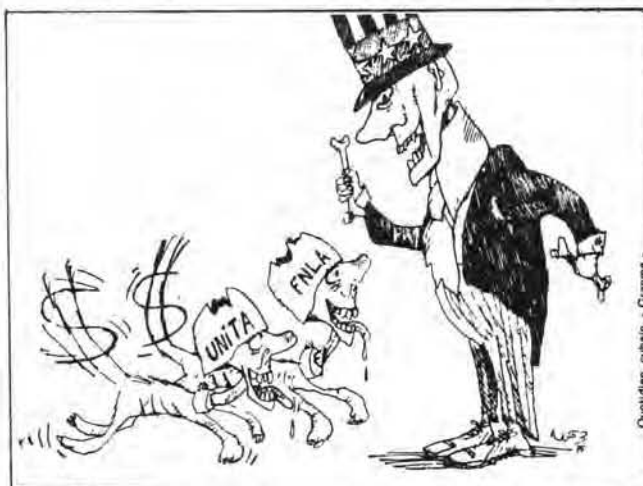
Wir unterstreichen, Idi Amin hat das angolische Volk und ganz Afrika verraten.

Holden Roberto und Savimbi – Marionetten des Kolonialismus

Wir stellen fest, daß es in Angola nicht drei Befreiungsbewegungen gibt, sondern lediglich eine einzige Bewegung, die MPLA, die einzige politische Partei des ganzen angolischen Volkes, die Portugal die Unabhängigkeit abgerungen hat – und daß, im Gegensatz zu dieser Bewegung, zwei dem Imperialismus und Kolonialismus hörige Gruppierungen, die FNLA und die UNITA, heute die Rechte der wahren Patrioten Angolas in Anspruch nehmen.

Wir unterstreichen, was historisch bewiesen ist und woran niemand zweifeln kann, daß die UNITA von Jonas Savimbi mit Hilfe und zur Verteidigung der Interessen der portugiesischen und südafrikanischen Kolonialisten gebildet wurde. Ihre Zielsetzung war es, Angola zu einem Ableger Portugals zu machen im Interesse des Imperialismus. Die UNITA sagt

dies klar und deutlich in ihrem Manifest, und auf dieser Grundlage kämpfte und kämpft diese Marionettenbewegung gegen das angolische Volk. Es waren die Vertreter der UNITA, die an der Seite der portugiesischen Delegation vor die UNO gingen, um gegen die MPLA zu arbeiten. Und das will man heute eine Befreiungsbewegung nennen? Wen hat sie befreit?



Wieviele Quadratmeter angolischen Bodens sind durch die UNITA befreit worden? Wen will man hier mißbrauchen?

Was die FNLA betrifft, so hätte sie zu einer wirklichen Befreiungsbewegung werden können, da wir ihr, so sehr wir konnten, geholfen haben; diese FNLA hat tatsächlich nirgendwo in Angola gekämpft. Ihr Anführer, Holden Roberto, sitzt im Ausland und mästet sich mit Subventionen, die eigentlich für die im besetzten Angola Kämpfenden bestimmt waren; diese Subventionen dienen alleine der persönlichen und schurkischen Bereicherung dieses Bandenchefs Holden Roberto. Daß er niemals in Angola war, ist gleichermaßen bekannt.

Die ehrlose Position des Versöhnertums

Wenn man keinen Standpunkt beziehen will, könnte man sich erdreisten zu sagen: "Es muß alles getan werden, um die drei Bewegungen UNITA, FNLA und MPLA zu versöhnen." Aber ein echter Katholik würde niemals fordern, Jesus und den Satan miteinander zu versöhnen. Ein echter Moslem würde nie fordern, Mohammed und den Teufel miteinander zu versöhnen. Es geht nicht an, eine Politik des scheinbaren Gleichgewichts, der Vereinigung zu betreiben; eine solche Politik wäre ehrlos, denn sie entbehrt jeglichen Standpunktes, da sie verantwortungslos wäre. Was uns betrifft, so machen wir afrikanische Politik, die sich entschieden an den Interessen, der Größe und Würde Afrikas ausrichtet.

Die afrikanischen Regierungen, die mit der Ehre und dem Fortschritt Afrikas spielen, die

sich ihrer Verantwortung entledigen, die Komplizen der imperialistischen Mächte sind in ihrem Streben nach Spaltung und Uneinigkeit der afrikanischen Völker, sie sind es, die durch ihre Weigerung, das angolische Volk zu unterstützen, defaitistische, subjektivistische und wirre Deutungen zulassen.

Sie bestehen auf einer vereinigten nationalen Regierung als Vorbedingung für ihre Anerkennung des souveränen Staates Angola. Sie leugnen die Tatsache, daß Kuba, die Sowjetunion und andere revolutionäre Bewegungen die MPLA unterstützen. Sie vergessen bewußt, daß die Waffen und die Munition, die Uniformen und Fahrzeuge, die von den afrikanischen Befreiungsbewegungen benutzt wurden und werden, immer von eben diesen Ländern in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt wurden und dies seit der Bildung dieser Befreiungsbewegungen als bewaffnete Streitkräfte gegen die Kolonialherrschaft. Sie wollen die fortschrittlichen Staaten und faschistischen Regimes von Südafrika und Rhodesien, die Freunde und die Feinde Afrikas, auf die gleiche Stufe stellen.

Ist Kuba gleich Südafrika?

Das sind Positionen des Verzichts, ja sogar des Verrats, da sie darauf abzielen, eine



Verteidigung der Grenzen durch die MPLA. Hier eine Flugabwehr-Batterie in Cabinda.

Einigung zwischen MPLA, UNITA und FNLA, zwischen Kuba und Südafrika, zwischen Unabhängigkeit und Neokolonialismus herzustellen. Die Revolution in Guinea hat, indem sie an unerschütterlichen Prinzipien festhielt und ständig den sozialen und demokratischen Fortschritt aller Völker im Auge hatte, immer eine eindeutige und feste Position gegenüber dem Imperialismus eingenommen, wo und gegen wen er sich auch immer richtete.

In Asien haben wir zwischen Mao und Tschiang Kai-Chek, zwischen der Revolution und der Reaktion gewählt; wir haben zwischen Ho Chi Minh und der Clique von Bao Dai und Thieu, zwischen Revolution und Reaktion gewählt; ebenso zwischen Kim Il Sung und dem Verräter Syngman Rhee. Als in Lateinamerika die Entscheidung zu treffen war zwischen Fidel Castro und dem Faschisten Batista, haben wir die Revolution und nicht die Reaktion gewählt. In Europa haben wir uns für Präsident Makarios, also für die Revolution entschieden und gegen die reaktionäre Marionettenbewegung, die ihn gestürzt hatte. In Afrika haben wir uns, als die Frage PAIGC oder FLING stand, auf die Seite der PAIGC gestellt, die, als einzige, mutig gegen die portugiesischen Okkupationstruppen kämpfte; wir haben uns für die FRELIMO und gegen Marionettengruppierungen, die ihr entgegenstanden, entschieden; wir haben die Revolution gewählt, als wir uns für König Mohammed V. entschieden und gegen den Verräter Glaoui von Marrakesch; für die FLN in Algerien und gegen die vom Imperialismus bezahlten Spalterbewegungen; Hauptmann Ghaddafi oder der libysche Feudalismus - wir wählten die Revolution genauso, wie wir uns auch für den afrikanischen Patrioten und Helden Patrice Lumumba und gegen die Clique von Tschombé entschieden haben.

Guineas Parteinahme

Es ist der gleiche historische Grund, der das kämpfende Volk Guineas, das immer der Revolution und Afrika treu ist, beseelte, sich, ohne zu schwanken, an die Seite der einzigen angolischen Bewegung zu stellen, die objektiv nicht am Gängelband der Imperialisten hängt. Die Ideen der Revolution lehren, daß der Grundwiderspruch, nämlich das, was die Völker vom Imperialismus trennt, Vorrang hat vor internen Widersprüchen, welche die Beziehungen der Völker bestimmen können.

Unter den gegenwärtigen Umständen, die gekennzeichnet sind einmal durch die ständige bewaffnete Aggression gegen Angola seitens Südafrikas, welches mit der UNITA und der FNLA verbün-

det ist, zum anderen durch militärische Operationen, die sich durch Verbrechen und Völkermord auszeichnen, begangen am angolischen Volk durch Truppen, die mit Südafrika, der UNITA, den faschistischen portugiesischen Kolonialisten und der FNLA in Verbindung stehen, - unter diesen Umständen heute von der MPLA zu verlangen, sie solle sich mit der FNLA und der UNITA einigen, um mit ihnen gemeinsam eine neue Regierung zu bilden, heißt, sich freiwillig an die Seite des Imperialismus stellen und dem Imperialismus helfen, in Angola, im Kern des Staatsapparates eine 5. Kolonne zu haben, die ihm verspricht, sich in diesem Bruderland aufs Neue festsetzen zu können.

Freunde und Feinde des Volkes

Heute die MPLA und die UNITA und FNLA, die Freunde und Feinde des Volkes, auf die gleiche Stufe zu stellen und vorzugeben, man helfe entweder allen oder keinem, heißt objektiv, sich auf die Seite des Imperialismus, des Kolonialismus, des Faschismus, auf die Seite der Feinde des angolischen Volkes zu schlagen, sich gegen Angola und seine Unabhängigkeit, gegen alle afrikanischen Völker, letztendlich gegen das Recht als solches zu stellen.

Heute gleichzeitig einerseits Südafrika, welches das unabhängige Angola militärisch angegriffen und verwüstet hat und andererseits die Staaten zu verurteilen, die dem angolischen Volk, seiner nationalen Partei, der MPLA, dem unabhängigen Staat, der Volksrepublik Angola, diplomatisch, materiell und militärisch helfen, der Aggression zu widerstehen und die verbündeten Truppen Südafrikas, der UNITA, des portugiesischen Kolonialismus und der FNLA aufzureiben, bedeutet, bewußt auf eine Teilung Angolas und gegen seine territoriale Integrität hinzuarbeiten. Letztendlich bedeutet dies, für die Rekolonialisierung von ganz Afrika und gegen die Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents zu sein.

Position der OAU

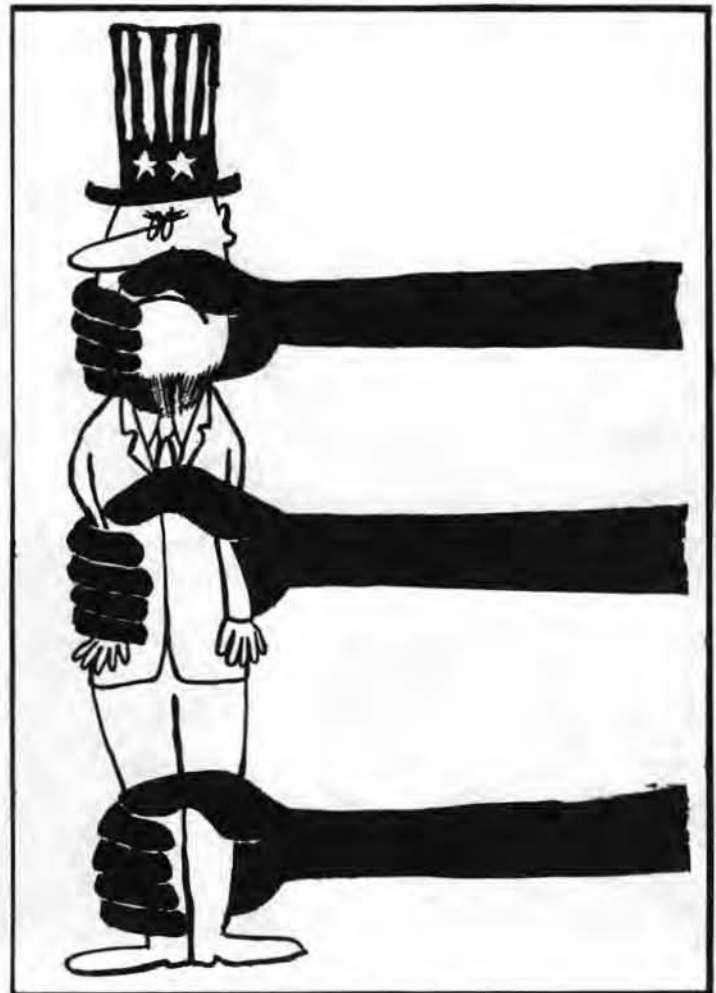
Es gibt zwei Momente, die man leidenschaftslos und objektiv hätte überprüfen können und hätte überprüfen müssen:

1. Alle nationalen Bewegungen der portugiesischen Kolonien hatten sich zu einem Koordinationskomitee zusammengeschlossen. Dieses Komitee wurde von der OAU anerkannt. Dieses Komitee traf sich am 8. November 1975 in Lourenço Marques, der Hauptstadt Moçambiques, unter Beteiligung der Führer der Befreiungsbewegun-

gen, die die nationale Unabhängigkeit in den ehemaligen portugiesischen Kolonien erkämpft haben. Dieses Koordinationskomitee hat einstimmig der MPLA seine volle Unterstützung zugesichert, die, nach Meinung des Komitees, allein die afrikanischen Interessen vertritt, und es hat die afrikanischen Staaten aufgefordert, nur die MPLA zu unterstützen. Das war am 8. November 1975, also drei Tage vor der Unabhängigkeitserklärung Angolas. Damit haben diejenigen, die wirklich an der Unabhängigkeit Angolas interessiert sind, uns gebeten, die MPLA und die Regierung, die sie bildete, zu unterstützen. Dies ist eine geschichtliche Tatsache, die unsere Einstellung bestimmen muß, es sei denn, man hat andere Absichten.

UNITA/FNLA-Bündnis mit Rhodesien/Südafrika

2. UNITA und FNLA haben sich mit Südafrika und Rhodesien verbündet, das ist für niemanden mehr ein Geheimnis, denn nicht nur die Zeitungen haben darüber berichtet, vielmehr hat die rassistische und kolonialistische Regierung Südafrikas der Welt mitgeteilt, sie interveniere in Angola im Namen der westlichen Zivilisation und ihrer übergeordneten Interessen. Ian Smith und Vorster helfen also der UNITA und der FNLA durch das direkte Eingreifen ih-



rer Truppen in Angola an der Seite dieser Handlanger, dieser beiden Banden von Renegaten. Auch die Zeitschrift Jeune Afrique weiß es. Zuvor hatte man keinerlei Informationen über diese beiden Bewegungen. Einzig die Anwesenheit von Truppen, die von Ian Smith/Rhodesien, und von Vorster/Südafrika geschickt wurden, auf ihrer Seite konnte die Augen öffnen und die Lage verstehen helfen; und wenn man die Situation durchschaut, dann sollte man nicht mehr zögern.

Warum helfen Südafrika und Rhodesien diesen beiden Bewegungen? Weil ihnen klar ist, daß das Regime, das in Angola errichtet wird, ein entschieden afrikanisches Regime sein wird, ein fortschrittliches, antiimperialistisches Regime, das - wie wir Guinea-Bissau geholfen haben - noch wirkungsvoller der Befreiungsbewegung in Namibia helfen wird.

Pufferzone für die Apartheid?

Wenn Namibia befreit sein wird, dann kann Rhodesien keinen Widerstand mehr leisten. Und wenn Zimbabwe und Namibia befreit sein werden, dann ist die Apartheid innerhalb kurzer Zeit zum Verschwinden verdammt - das ist sicher, das ist ein unausweichlicher Prozeß. Aus diesem Grund, weil sie dies wissen, unterstützt das gesamte imperialistische Europa, unterstützen alle imperialistischen Staaten die UNITA und die FNLA, die als Puffer gegen die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika dienen könnten.

Der Präsident von Moçambique, Samora Machel, hat ein Gipfeltreffen der OAU gefordert mit dem einzigen Tagesordnungspunkt "Maßnahmen gegen die südafrikanische Aggression gegen Angola".

Der Rundfunk Südafrikas berichtet offen, weshalb Südafrika die FNLA und die UNITA unterstützt, alle Welt hört es den ganzen Tag. Ian Smith hat mehr als fünfmal dazu gesprochen; die ausländische Presse hat die Gründe veröffentlicht, warum er diese beiden Bewegungen unterstützt - und wir, wir werden unentschieden bleiben und sagen, daß wir sehen werden. Was sehen? Was abwarten? Jeder hat das Recht, den Standpunkt zu vertreten, den er für richtig erachtet, wir sind aber der Ansicht, daß wir uns dann Zeit zum Überlegen lassen können, wenn es um die Wahl zwischen zwei oder drei Einzelpersonen geht. Hier aber geht es um das angolische Volk, um die nationale Unabhängigkeit Angolas, seine territoriale Integrität, um die Souveränität eines unabhängigen Volkes. Heute spielt sich in Angola der Kampf um Afrika ab. Das ist ein Test für uns

alle. Also müssen wir sofort Partei ergreifen, und wir haben es getan.

Wachsamkeit gegenüber Zaire und den Rassisten

Warum unterstützt Zaire die FNLA, während es gleichzeitig die Bewegung zur Abtrennung Cabindas, die Front zur Befreiung der Enklave Cabinda, FLEC, bei der Belagerung von Cabinda unterstützt? Weil es in Cabinda, wie bereits gesagt, Öl gibt. Hier wiederholt sich Biafra. Aber wenn wir nicht wachsam sind, dann kann die Angelegenheit Angola schwerwiegendere und tiefere Probleme nach sich ziehen.

Wir versichern, daß wir uns, was afrikanische Probleme betrifft, nicht auf die Seite von Ian Smith und Vorster stellen werden, diesen Verteidigern der Apartheid und des Kolonialimperialismus in Afrika. Jede Lösung, der diese eingefleischten Rassisten zustimmen, ist von vorneherein suspekt und notwendigerweise gegen die Interessen unserer Völker, gegen die Freiheit, gegen die Würde unserer Völker gerichtet. Es ist wahr, daß dieser Kampf möglicherweise lang und hart sein wird. Aber Afrika wird siegen, mit welchen Mitteln auch immer man gegen es vorgehen wird.

(Quelle: *afrique-asie*, Nr. 99, 29. Dezember 1975)

Deutsche Volkszeitung

**ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen**

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Lopo do Nascimento

Aufgaben und Ziele der neuen Staatsmacht



Frage: Die Verantwortlichen der MPLA faßten einmal die Möglichkeit ins Auge, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, welche nicht nur Mitglieder dieser Bewegung, sondern auch unabhängige Persönlichkeiten einschließen sollte, die in ihrer Vergangenheit im antikolonialen Kampf gestanden hatten. Diese Absicht wurde verworfen.

Kann man dennoch davon sprechen, daß die gegenwärtige Regierung repräsentativ ist für alle gesellschaftlichen Schichten Angolas?

Lopo do Nascimento: Das angolansische Volk hat sich bis heute immer durch die MPLA vertreten lassen, und dies seit ihrer Gründung; ihren 19. Jahrestag begehen wir derzeit. Es war die MPLA, die die Bevölkerung im politischen wie im militärischen Kampf repräsentierte - zuweilen auf eine verhältnismäßig unbestimmte oder gefühlsbetonte Weise. Aber die Zeit des Guerillakrieges ist nun vorüber, und die Bewegung mußte wirkungsvoll alle Fäden der Regierung in ihre Hand nehmen. Dies ergibt sich aus der Entwicklung unseres Landes. Und in der gegenwärtigen Situation, die bekannt ist, liegt es auf der Hand, daß wir nichts anderes tun können, als alle Schichten der angolansischen Bevölkerung an der Regierung zu beteiligen. Dies war im übrigen auch nie unsere Sorge.

Die beiden grundlegenden Faktoren, die wir in Rechnung stellen müssen, sind einerseits die Tatsache, daß das Land Opfer eines Aggressionskrieges ist, und andererseits, daß die Regierung - will sie über die Aggression siegen - sich aus Kämpfern zusammensetzen muß, die ihre enge Verbundenheit mit der Linie der Partei, mit dem Verteidigungskampf der werktätigen Massen, ihren bedingungslosen Einsatz im antikolonialen Kampf und ihre Bereitschaft, in unserem Land eine demokratische Volksherrschaft zu errichten, unter Beweis gestellt haben.

Frage: Kann man sagen, daß sich aufgrund der Kriegssituation die derzeitige Regierung stark von der unterscheidet, die zu Friedenszeiten gebildet worden wäre?

Lopo do Nascimento: Selbstverständlich hat die Kriegssituation die Zusammensetzung der Regierung in gewissem Maße beeinflußt. So gibt es beispielsweise Kader in der Bewegung, die Mitglieder der Regierung hätten sein können, und es wegen des Krieges nicht sind.

Dennoch kann man nicht sagen, daß die Regierung völlig anders ist. Besonders in den Führungsstellen wären die Persönlichkeiten dieselben. Das Hauptziel ist ja, die MPLA in eine politische Partei umzuwandeln.

Frage: In der nunmehr verkündeten Verfassung ist mit Hinweis auf die derzeitigen Umstände ausgeführt, daß die Volksversammlung gegenwärtig nicht das höchste Staatsorgan der Volksrepublik sein kann; diese Funktion ist dem Revolutionsrat zugewiesen. Welches sind seine Strukturen, welche Rolle spielt er und wie ist sein Verhältnis zu den anderen Machtorganen des Staates?

Lopo do Nascimento: In der Tat vertritt der Revolutionsrat zur Zeit die nationale Volksversammlung. Wir fanden uns vor die Alternative gestellt: Entweder den Revolutionsrat als ein Organ mit eingeschränkter Repräsentanz zu bilden, um ein Höchstmaß an Beweglichkeit und Effizienz zu erreichen - wobei übrigens darauf hinzuweisen ist, daß in zahlreichen anderen Ländern der Revolutionsrat in der Tat ein derartiges Organ darstellt, gebildet aus Personen des höchsten Vertrauens und ohne unmittelbare Vertretung von Basisorganen - oder ihn als Organ zu erweitern, also ihm den Charakter einer Volksversammlung zu geben. Wir haben schließlich eine Zwischenlösung gewählt. In den Revolutionsrat wurden die Mitglieder des Politbüros aufgenommen, des Generalstabes (die Stabschefs und die politischen Kommissare der einzelnen militärischen Frontabschnitte) ferner die drei Regierungsmitglieder, die von der MPLA bestimmt wurden: Antonio Jacinto, David Aires Machado und Diogene Boavida. Ebenfalls Mitglieder sind die Pro-

vinzkommissare, die in jeder einzelnen Provinz nicht nur Repräsentanten der Regierung, sondern auch der Partei sind - insgesamt also dreißig bis vierzig Personen.

Um trotzdem die Beweglichkeit und die Effizienz, die wir für notwendig hielten, sicherzustellen, wurde ein ständiger engerer Ausschuss geschaffen, der den Revolutionsrat stets dann vertritt, wenn eine wichtige und unaufschiebbare Entscheidung zu fällen ist, und keine Möglichkeit besteht, den Revolutionsrat einzuberufen - was oft vorkommt, da sich ein großer Teil seiner Mitglieder an der Front befindet.

Man kann also sagen, daß der Revolutionsrat das höchste Organ der Staatsgewalt ist, weil er die politische Linie des Staates bestimmt und gleichzeitig das Politbüro, das oberste Parteigremium, vertreten soll.

Frage: Die Beteiligung der Militärs erscheint sehr wichtig.

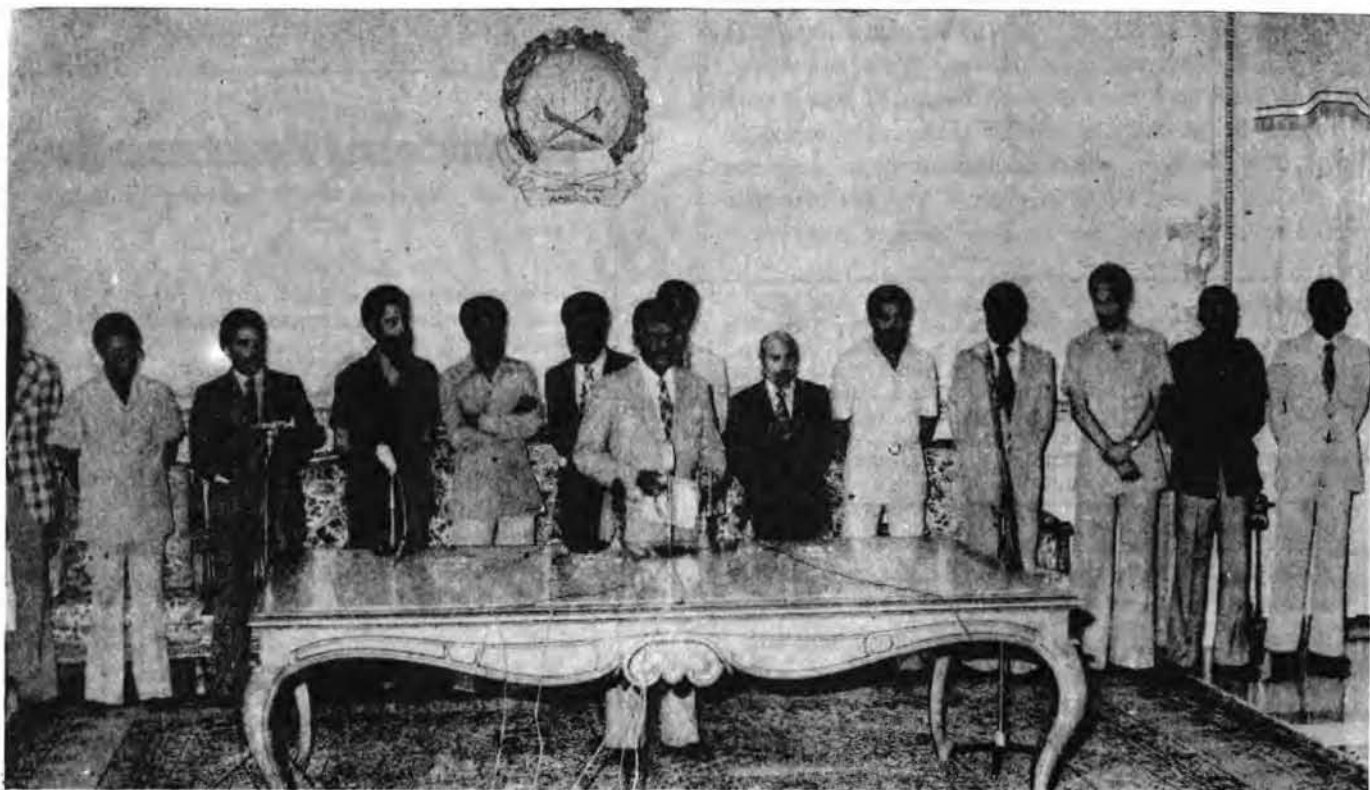
Lopo do Nascimento: Sicher - befinden wir uns denn nicht im Kriegszustand? Wir hoffen, daß es sich nur um eine Übergangsphase handelt.

Frage: Die wirtschaftliche Entstabilisierung, die durch diesen Krieg verursacht wurde, die Flucht zahlreicher europäischer Fachkräfte, die Sabotage auf verschiedenen Ebenen haben eine das ganze Land erfassende Krise ausgelöst. Welche Sofortmaßnahmen ökonomischer, sozialer und politischer Art wird die Regierung ergreifen, um der Krise zu begegnen?

Lopo do Nascimento: Wir haben es in der Tat mit einer schweren Wirtschaftskrise zu tun, die auf zwei ursächliche Zusammenhänge zurückzuführen ist. Die internen Faktoren: Flucht von Fachkräften, Sabotageakte, militärische Konfrontation. Vor allem aber sind es äußere: Boykottmaßnahmen seitens der Vereinigten Staaten wie Ölembargo, Blockierung von Devisenzahlungen bei amerikanischen Banken, Nichtauslieferung bereits bezahlter Güter - zum Beispiel zweier Boeing 737 zu je 37 Mio US-Dollar, welche die amerikanische Regierung beschlagnahmte - Manöver, durch die Angola, der zweitgrößte Kaffeeproduzent der Welt, daran gehindert werden sollte, das Kaffeeabkommen zu unterzeichnen. Diese Art der Sabotage ist weitaus schwieriger zu bekämpfen als die innere.

Was die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen betrifft: Wir haben die bedeutendsten Wirtschaftssektoren festgelegt. In einem kolonialen System richten sich die Unternehmen nicht nach ökonomischer Rationalität, sondern nach dem Kriterium der Profitmaximierung. Von daher kann der Staat nicht unterschiedslos alle Sektoren fördern. Er wird daher all jenen Bereichen optimale Unterstützung gewähren, die er als die wichtigsten betrachtet. Und dies müssen alle einsehen - Arbeiter, Unternehmer, Verbraucher.

Darüber hinaus wird die völlige Zerrüttung des Handels eine Auswahl unter den Importgütern



Präsident Agostinho Neto und die erste Regierung Angolas; v. l. n. r.: Lopes Texeira, Alberto Ribeiro, Carlos Rocha, Noti Alves, Afonso Vandunem Binda, Diogene Boavida, Antonio Jacinta, Mario de Almeida, David Aires Machado, "Iko" Carreira, José Eduardo und Lopo do Nascimento.

ermöglichen, um Überflüssiges auszuschneiden. Der Staat wird den Handel in die Hand nehmen und wesentlich schneller und nachdrücklicher eingreifen müssen, als dies vorgesehen war, besonders in der Preisgestaltung. Die Warteschlangen kommen zum Beispiel nicht aufgrund von Warenknappheit zustande, sondern sind auf die Verringerung der Verkaufsstellen zurückzuführen. Es sind also Produktions- und Verkaufsgenossenschaften zu schaffen. Für den Augenblick jedoch müssen Großmärkte eingerichtet werden, um annehmbare Konsumbedingungen für jedermann zu schaffen - selbst unter Ein-schluß von Privatunternehmen, die über ausreichende Mittel und geeignete Verfahren verfügen. Dies geschieht nicht, um den privaten Sektor zu erweitern, sondern entspricht objektiven Erfordernissen.

Auf sozialem Gebiet haben wir eine Untersuchung der Steuerpolitik eingeleitet, um zu einer anderen Verteilung der Einkünfte zugunsten der am meisten benachteiligten Schichten zu kommen. Wir haben bereits den Beschluß gefaßt, die Gehälter der Regierungsmitglieder um 50% zu kürzen. Dies ist eine mehr politische als wirklich wirksame Maßnahme, aber es ist ein erster Schritt. Im öffentlichen Dienst ist die Gehaltsspanne von 1 zu 11 auf 1 zu 5 gesunken.

Wir müssen den nationalen Mindestlohn ermitteln, um die Kluft zwischen den Gehältern im öffentlichen und privaten Bereich zu verringern. Für die Führungskräfte - alles Weiße - lagen die Gehälter viel höher. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst für einen Arbeiter indessen war viel besser bezahlt. Ein Bauer oder Bergarbeiter erhält monatlich ungefähr 1.000 Escudos, während der unterste Angestellte im öffentlichen Dienst 5.350 Escudos für eine leichtere und kürzere Arbeit erhält.

Frage: Eine der Hauptgefahren, welche die neuen unabhängigen Länder bedrohen, ist die Herausbildung einer sozialen Klasse um die Regierungs- und Verwaltungsfunktionen herum, die vielfach die Vertiefung des revolutionären Prozesses hemmt. Haben Sie den Eindruck, daß diese Gefahr auch in Angola besteht und, wenn ja, welches sind die Maßnahmen, die Abhilfe schaffen können?

Lopo do Nascimento: Das Entstehen einer neuen bürokratischen Bourgeoisie in Partei und Regierung zu verhindern ... Dies ist das Problem in den afrikanischen Staaten, und wir sind uns dessen bewußt. Dies umso mehr, als die Bewegung auf allen Ebenen von wem geführt wird? Letztlich vom Kleinbürgertum. Es ist deshalb kein Zufall, daß Nito Alves der Minister des Inneren ist, der für die Massenorganisationen verantwortlich war und sich weiterhin um die Basisorganisationen, um die Arbeiter

und Bauern kümmert. Es muß eine beständige, dynamische Verbindung zwischen Basis und Führung geben. Die Führer müssen in ihren Taten und in ihrem Verhalten ständig unter der Kontrolle der Massen stehen. Nicht etwa aus Mißtrauen gegenüber den Genossen, die seit langem bewährte Kämpfer sind. Aber es ist erforderlich, daß die Führer ein tiefgehendes Verständnis für die tagtäglichen Probleme der Massen entwickeln.

Wir haben beschlossen, daß jeder Verantwortliche - welche Funktion er auch übernimmt - bei Übernahme eines Amtes öffentlich Rechenschaft ablegen muß, über welche Mittel er verfügt - was gegenwärtig keine Schwierigkeiten bereitet, da es nichts wesentliches anzugeben gibt. Dasselbe geschieht, wenn er aus seiner Funktion ausscheidet. So vermeiden wir, daß sich Korruption und Bestechung einschleichen.

Und es gilt die Rolle der Aktionskomitees zu stärken, die für die Bewegung Kader aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft heranbilden sollen - etwas, das bislang vielleicht unterschätzt worden ist. Es gilt, die politische und ideologische Geschlossenheit zu entwickeln.

Frage: Das heißt auch, das Bildungssystem zu überprüfen.

Lopo do Nascimento: Wir haben deshalb den Schulbeginn auf April verschoben, so daß die

Anzeige

Demokratie und Menschenrechte

Beiträge zur inneren Situation im Staat Israel

herausgegeben von der
Evangelischen Studentengemeinde in der BRD
und Berlin (West)

aus dem Inhalt:

- Zionismus und Rechtssystem in Israel
- Dokumentation: Menschen- und Bürgerrechte in Israel und in den besetzten Gebieten
- Die Shahak-Affäre

Zu beziehen über:

**ESG, Ortenbergstr. 4, 3550 Marburg/L. und
Geschäftsstelle der ESG
Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart**

Unkostenbeitrag: DM 2,-



Soldaten der angolanischen Volksbefreiungstreitkräfte

Untersuchungen über die Neustrukturierung des Ausbildungswesens abgeschlossen werden können. Kernpunkt ist, daß wir auf allen Ebenen die Ausbildung mit der Produktion verknüpfen, die Theorie mit der Praxis und zwar so, daß wir eine unmittelbare Verbindung herstellen zwischen der Arbeit und der Konzeption, die ihr zugrunde liegt. Auch hierbei handelt es sich um eine objektive Notwendigkeit.

Frage: Kann man - trotz allen inneren Problemen, denen sich die Volksrepublik Angola gegenüber sieht - bereits die groben Umrisse ihrer Außenpolitik beschreiben?

Lopo do Nascimento: Ich brauche nicht ausdrücklich unsere soeben gewonnene Unabhängigkeit betonen, für die wir so lange gekämpft haben, und die wir verteidigen werden. Dies ist der Kern, auf den sich die Schwerpunkte unserer Diplomatie beziehen. Es versteht sich von selbst, daß wir sehr offen sind, Grundlage unserer Haltung wird die Nichtpaktgebundenheit sein. Dies schließt keinesfalls Beziehungen zu allen Ländern aus, die unsere Unabhängigkeit und unsere Souveränität respektieren, unseren proletarischen Internationalismus und den fortschrittlichen Charakter unserer Revolution. Wir weisen keine Hilfe zurück, und

wir versichern, daß bei uns keine ausländische Macht Militärbasen einrichten können wird. Eine Revolution läßt sich nicht exportieren. Wir sind bereit zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, sofern sie unsere grundlegenden Vorstellungen respektieren; übrigens schützen wir einen internationalen Transportweg, die Benguela-Bahn, was die Verpflichtung einschließt, Handelsbeziehungen auszuweiten. Zusammenarbeit, wie ich sagte, allerdings mit Ausnahme Südafrikas, dem rassistischen und imperialistischen Regime, gegen das wir unsere afrikanischen Brüder in ihrem Kampf gegen die Apartheid jederzeit unterstützen werden.

Ich wiederhole, die Blockfreiheit entspricht den Bedürfnissen unseres unterentwickelten Landes, unseren Bedürfnissen also. Wir sind bereits Beobachter in der Konferenz der Blockfreien, wir werden bald als Mitglied dazugehören, dies steht außer Frage. Dies widerspricht nicht der Aufnahme von bevorzugten Beziehungen zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien und zu Portugal selbst, vorausgesetzt ...

(Quelle: *afrique-asie* Nr. 98, 15. Dezember 1975)

Die Arbeit der israelischen Liga für Menschenrechte ist in den letzten Jahren nicht zu trennen von dem Namen Dr. Israel Shahak, dem Vorsitzenden der Liga seit 1972. 1933 in Warschau geboren, verbrachte Israel Shahak seine Kindheit im Warschauer Getto und im Konzentrationslager Bergen-Belsen. 1945 kam er nach Palästina. 1963 begann Israel Shahak seine Lehrtätigkeit an der Hebräischen Universität von Jerusalem, wo er seit 1969 als Professor für organische Chemie tätig ist. Auf Einladung der Evangelischen Studentengemeinde hielt sich Israel Shahak Anfang Januar d.J. in der Bundesrepublik auf und gewährte dem AIB das folgende Gespräch.

AIB-Interview mit Israel Shahak, Vorsitzender der Liga für Menschenrechte

Ich erhebe meine Stimme gegen die israelischen Kriegsverbrechen

AIB: Herr Shahak, besonders in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Resolution, die den Zionismus der rassischen Diskriminierung bezichtigt, einen Sturm der Entrüstung seitens der herrschenden Meinung hervorgerufen. Wie beurteilen Sie die Entschliebung der UN-Vollversammlung und was halten Sie für die wichtigsten Merkmale zionistischer Diskriminierung?

Israel Shahak: Erstens, der Proteststurm erhob sich hier und in den USA, weil niemand die Tatsachen über zionistische Organisationen und Diskriminierungen im israelischen Leben kennt: Deshalb kam dieses Geschrei zustande. Zionistische Organisationen und der Staat Israel üben eine derartige Diskriminierung aus, wie sie in keinem anderen Staat, mit Ausnahme solcher wie Südafrika, akzeptiert würde. Dieser Vergleich sagt schon genug.

Zu den zionistischen Organisationen gehört der sogenannte Jewish National Funds (Jüdische Nationalstiftung). Ihr gehört bzw. sie verwaltet etwa 90% des israelischen Territoriums, Israel in den Grenzen von 1967 natürlich. Auf diesem Land darf kein Palästinenser - israelischer Palästinenser - leben, er darf kein Haus kaufen, er darf keine Wohnung mieten, er darf kein Geschäft eröffnen, er darf kein Land pachten, um es landwirtschaftlich zu bearbeiten.

Wenn z.B. eine Christliche Nationalstiftung hier in Frankfurt errichtet würde, um jüdische Läden und Geschäfte aufzukaufen mit der Absicht, sie nur an Christen zu verkaufen oder zu vermieten, dann wäre das Rassismus. Ebenso ist die Jüdische Nationalstiftung, die genau das gleiche in Israel macht, rassistisch. Ich möchte etwas anderes aufzeigen, was mir hier in der Presse aufgefallen ist.

Es gibt hier eine Organisation, WIZO, die sich selbst Organisation Zionistischer Frauen nennt und hier am 2. Dezember 1975 einen Bazar oder etwas ähnliches veranstaltete und

Geld gesammelt hat. Dies Geld wird nicht etwa israelischen Frauen und Kindern zukommen, um z.B. eine Frau zu unterstützen, die viele Kinder zu ernähren hat. Es wird ausschließlich an jüdische Kinder und Frauen gehen. Dies ist eine kriminelle Aktion. Darum sage ich, daß alle Zionisten, jede Art zionistischer Organisationen Nichtjuden diskriminieren, und ich rufe alle Juden auf, kein Geld zu geben und keine Institutionen oder Organisationen zu unterstützen, die Israeli in Juden und Nichtjuden aufteilen.

AIB: Nach dem Auftritt Yassir Arafats, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), vor den Vereinten Nationen gab es unseren Informationen nach breite Aktionen in den okkupierten Gebieten. Welche Kreise der arabischen Bevölkerung erfaßte die Bewegung und gibt es Zeichen für ihr Andauern?

Israel Shahak: Das ist der Fall. Sie müssen folgendes verstehen: Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten befindet sich nunmehr seit 8 Jahren im Zustand der Okkupation, und ihr werden alle demokratischen Freiheiten wie z.B. die Organisierung in Parteien, Assoziationen etc. verwehrt. Die große Mehrheit betrachtet die PLO und Yassir Arafat als ihre Repräsentanten und versucht, von Zeit zu Zeit, je nachdem wie es die Intensität der Unterdrückung erlaubt, Demonstrationen und andere Volksaktionen für das Recht auf Selbstbestimmung durchzuführen. Etwa vor einem Monat gab es ähnliche Aktionen gegen die Fortsetzung des jüdischen Besiedlungsprogramms. Diese Demonstrationen werden sehr brutal unterdrückt, aber wissen Sie: Man kann nicht erwarten, daß ein Volk, wenn es unterdrückt wird, sich und seine Aktionen aufgibt. Aber solange der Zustand der Okkupation anhält, ist zu erwarten, daß es von Zeit zu Zeit Volksaktionen geben wird.

AIB: 1973 hat sich in den besetzten Gebieten eine Palästinensische Nationale Front (PNF) gegründet. Können Sie uns etwas über die politischen Ziele der Front und ihre politische Wirksamkeit sagen?

Israel Shahak: Dies ist eine Koalition von palästinensischen Linken, in der, wie ich sagen kann, die Palästinensische Kommunistische Partei sehr intensiv mitarbeitet. Natürlich ist die PNF, wie alle anderen Vereinigungen, illegal, aber sie wird ganz besonders verfolgt, weil sie einen Bestandteil palästinensischer Selbstbestimmung darstellt und Frieden und das Zusammenleben von Juden und Palästinensern verlangt. Sie fordert weiterhin die Anerkennung der Resolutionen der Vereinten Nationen. Ich glaube, es ist eine der besten Organisationen der gesamten arabischen Welt. Sie beruht auf den Prinzipien des Humanismus und Internationalismus. Gerade wegen dieser Prinzipien wird sie besonders verfolgt, aber sie existiert und wird auch weiterhin existieren. Sie veröffentlicht im Untergrund Zeitungen und Flugblätter. Sie ist sichtbar, ihre Aktivitäten sind jeden Tag zu sehen und wenn nicht jeden Tag, so jede Woche. Persönlich habe ich die höchste Meinung und Respekt vor dieser Organisation. Ihre Prinzipien gehören zum besten Teil des palästinensischen Volkes. Die Verfolgung hat sie nicht zerschlagen, sie hat sehr gute Erfolge erzielt und wird weitermachen.

AIB: Zuletzt hat Mitte 1975 eine Untersuchungskommission des Weltfriedensrates umfangreiches Beweismaterial über Folterungen, unrechtmäßige Inhaftierungen, brutale Verfolgungspraktiken etc. zusammengetragen. Dieses Material bezichtigt die israelische Regierung u.a. der Institutionalisierung eines Terrorsystems und - so wörtlich - des Völkermords an den palästinensischen Arabern, des Verbrechens der Annexion und fordert in Erinnerung an die Nürnberger Urteile von 1946 die strengste Bestrafung der Verantwortlichen für diese "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Decken sich diese Ermittlungen mit Ihren Untersuchungsergebnissen? Und halten Sie diesen Vergleich für angebracht?

Israel Shahak: Ich stimme den Ergebnissen dieser Kommission in allen Punkten zu und unterstütze sie. Die Organisation, deren Vorsitzender zu sein, ich die Ehre habe, die israelische Liga für Menschenrechte, schickte eine Sonderdelegation, und meine Freunde haben vor dieser Kommission ausgesagt. Ich meine, daß die Informationen sehr genau waren. Die Untersuchungen und die Befragungen wurden exakt durchgeführt. Ich muß leider sagen, daß ich die Ergebnisse für wahr halte, und erhebe ebenfalls meine Stimme, um die israelische Regierung wegen ihrer Kriegsverbrechen und Ver-

stöße gegen internationales Recht in den okkupierten Gebieten, die sich gegen die Bevölkerung richten, anzuklagen. Ich werde das sagen, solange diese Praxis der Weltöffentlichkeit nicht bekannt ist und von ihr nicht in der gleichen Weise für Kriegsverbrechen gehalten wird wie die der Amerikaner: Solange gibt es keine Hoffnung auf eine Lösung im Nahen Osten.

AIB: Herr Shahak, eine letzte Frage: Welche hauptsächlichsten Aufgaben stellt sich Ihre Organisation, wer arbeitet in der Liga für Menschenrechte und wie gestaltet und gestaltete sich Ihre Arbeit vor allem in den letzten Jahren?

Israel Shahak: Die Liga für Menschenrechte in Israel hat eine lange Tradition. Zuerst bestand sie als Palästinensische Liga. Nach 1948 wurde sie eine kleine Organisation, setzte aber dennoch ihre Arbeit fort. 1967 traten viele neue Mitglieder ein. Ich selbst - zu diesem Zeitpunkt noch völlig unpolitisch - trat ihr nach dem Krieg 1967 bei. Ein Großteil der neuen Mitglieder bestand aus jungen Leuten.

Unsere Organisation ist eine Organisation von israelischen Bürgern. Natürlich machen wir keine Unterscheidung nach Rasse, Geschlecht, Herkunft usw. Unsere Arbeit beruht auf der Basis von gleichen Rechten für Palästinenser und Juden. Unsere Organisation befaßt sich ausschließlich mit den individuellen Menschenrechten. Daher haben wir kein allgemeines politisches Programm, aber wir kämpfen für die Menschenrechte für jedes Individuum im Machtbereich unserer Regierung, sowohl in Israel als auch in den okkupierten Gebieten. Aufgrund dieses Charakters unserer Organisation haben wir natürlich Schwierigkeiten. Aber wir können sagen, daß der größte Teil der progressiven Kräfte in Israel uns unterstützt, und so tun wir, was in unseren Kräften steht. Manchmal ist das mehr und manchmal weniger schwierig. 1976 wird es sehr viel leichter werden als 1970/71. Wir hoffen, daß unsere Kraft wachsen wird.

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Jürgen Ostrowsky

Die indonesische Invasion in Ost-Timor

Am 7. Dezember 1975 überfielen indonesische Kommandos im Verein mit Marionettenorganisationen den portugiesischen Teil der Sunda-Insel Timor, wo wenige Tage zuvor die Befreiungsbewegung FRETILIN (Revolutionäre Front für die Befreiung Ost-Timors) die Demokratische Volksrepublik Ost-Timor ausgerufen hatte. Sie richteten Massaker unter Frauen und Kindern an, und starteten laut der Zeitschrift Le Monde vom 10.12.1975 eine "Jagd auf die 'Kommunisten'" - das heißt, auf alle Gegner der indonesischen Herrschaftsansprüche.

"Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung"

Dies geschah mit der im "freien Westen" üblichen "Begründung", es gehe um die "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung", wie es die Frankfurter Allgemeine¹⁾ bereits im Herbst des vergangenen Jahres für angebracht befand. Nach kurzer Zeit wurde die flagrante Aggression Indonesiens nur mehr in Kurzmeldungen behandelt - ungeachtet der Tatsache, daß Tausende Anhänger der FRETILIN und zahlreiche Menschen, die dafür gehalten oder erklärt werden, dem Terror zum Opfer fallen. Kaum fanden sich scharfe Verurteilungen des Überfalls; jene eifertigen Ankläger, die etwa die kurdische Separatistenbewegung eines Barsani zum Opfer angeblichen irakischen Völkermordes mythisierten²⁾, blieben stumm. Ähnlich fiel die Reaktion der um die "Freiheit" Angolas so besorgten Bundesregierung aus. Die BRD-Presse kommentierte im Stil des US-Außenministers Kissinger, der die Invasion mit den Worten begrüßt hatte: "Wir würden die FRETILIN ohnehin nicht anerkennen. Die USA haben Verständnis für die Haltung Indonesiens in dieser Frage."³⁾

"Gefahr" für den ASEAN-Bund

Seit dem Sommer wurden Horrormeldungen verbreitet über angebliche Blutbäder der FRETILIN, die - so die Frankfurter Allgemeine am 1.9. und 13.9.1975 - die Weltöffentlichkeit für eine Invasion einstimmten. Die Frankfurter Rundschau wählte in einem Ost-Timor unter der Regierung der FRETILIN "einen Sammelpunkt für subversive kommunistische Elemente" und unterstrich die Behauptungen Indonesiens, Ost-Timor werde eine "Gefahr für die Sicherheit sei-



ner Flanke" darstellen.⁴⁾ Monatelang wurde auf diese und ähnliche Weise der "Anschluß an Indonesien"⁵⁾ propagandistisch vorbereitet und legitimiert.

Hauptthema war immer wieder die angebliche "Gefahr" für Indonesiens Sicherheit. Dahinter verbirgt sich jedoch die reale Befürchtung, daß der Imperialismus nach seiner Niederlage in Indochina mit einem fortschrittlichen Ost-Timor weiter an Einfluß im südostasiatischen Raum verliert; daß damit der an die Stelle der SEATO getretene ASEAN-Bund der Staaten Philippinen, Malaysia, Thailand, Singapur und Indonesien (im Handelsblatt "Stabilitätsfaktor" genannt) nicht mehr Herr des gesamten Seegebietes sein könnte. Das Handelsblatt brachte auch das gegen die Freiheitsbestrebungen des Volkes von Ost-Timor gerichtete globalstrategische Interesse auf die Formel: "Portugiesisch-Timor soll kein zweites Kuba werden"⁶⁾.

Der Reichtum der Insel

In derselben Ausgabe bemühte sich das Handelsblatt den die Globalstrategie begründenden

ökonomischen Hintergrund der internationalen Monopolinteressen in dem fraglichen Seegebiet zu verschleiern, indem es behauptete, "Reichtümer (seien) auf Timor sowieso nicht zu holen, die einstige Kolonie (sei) für Portugal ein Zuschußgeschäft" gewesen. Im August 1970 schrieb hingegen bereits das Magazine of Wall Street:

"Jede Quadratmeile des Untersuchungsgebietes auf und um Indonesiens Hauptinseln Sumatra, Java, Borneo, Celebes und West-Irian herum ist inzwischen mit Beschlag belegt, vor allem durch amerikanische Ölgesellschaften. ... Auf das Gebiet entfallen mehr als 50 Prozent der gesamten Rohölproduktion des Fernen Ostens."

Unmittelbar um Ost-Timor bohren britisch-amerikanisch-japanische Konsortien sowie die britische Gesellschaft Woodside Burmah Oil; auf der Insel schürft der größte australische Konzern, BHP, nach verschiedenen Mineralien. In diesen massiven ökonomischen Interessen ist der Hauptgrund für die seit dem Sommer 1975 verfolgte Absicht zu sehen, einen politischen Sieg der FRETILIN - die bei den Dorfoberstenwahlen im April 1975 90% ihrer Kandidaten durchbrachte⁷⁾ - mit allen Mitteln zu verhindern:

Erpressungsmanöver - Infiltration - Invasion

- Im August 1975 unternahm die UDT (Demokratische Union Timors) einen Putsch, nachdem die pro-indonesische APODETI ihren Einfluß eingebüßt hatte;
- nachdem die FRETILIN im September über die Putschisten gesiegt hatte, ging Indonesien in Absprache mit Australien zu Infiltrations- und Erpressungsmanövern über. Die Koordination der Aktionen übernahm der Australier B. C. Callinan, Direktor der australischen Tochtergesellschaft der British Petroleum, die 23% des Kapitals der Burmah Oil hält⁸⁾;
- schließlich - nachdem Portugals Außenminister Antunes Indonesien wesentliche Mitentscheidungsbefugnisse über die Zukunft Ost-Timors zugewilligt hatte, worauf die FRETILIN die Unabhängigkeit ausgerufen hatte - ging Indonesien zur Invasion über.

Damit übernahm Indonesien eine Stellvertreterfunktion für den US-Imperialismus, der seinen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aggressiv durchgesetzten Vorherrschaftsanspruch im gesamten pazifischen und angrenzenden Raum erst vor kurzem durch die sogenannte Pazifik-Doktrin Präsident Fords bekräftigt hatte. Daß Ford sich unmittelbar vor dem völkerrechtswidrigen Angriff in Indonesien aufhielt, läßt den Schluß zu, daß er die Invasion absegnete. Das ASEAN-Bündnis funktioniert auch auf der diplomatischen Ebene: Als die UN-Vollversamm-



Xavier do Amaral, Präsident der FRETILIN

lung im Dezember den Aggressionsakt verurteilte und Indonesien zum Rückzug aufforderte, stimmten Thailand, Malaysia und die Philippinen mit Indonesien gegen die Resolution; die ERD enthielt sich der Stimme.

Zwar setzte Indonesien eine Marionettenregierung unter Führung eines Mannes ein, der mit den japanischen Besatzern im Zweiten Weltkrieg kollaborierte⁹⁾, dennoch gelang es den Angreifern bislang nicht nach letzten Meldungen der Le Monde vom 8.1.1976, mehr als ein Drittel des Landes unter Kontrolle zu bringen. Die zahlenmäßig sehr starke FRETILIN mit etwa 15.000 regulären Kämpfern liefert den indonesischen Truppen und ihren Verbündeten einen heroischen Kampf, dessen politische Folgen das indonesische reaktionäre Militärregime erschüttern und den fortschrittlichen Kräften in Indonesien neue Impulse geben könnten.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.9.1975
- 2) Vgl. AIB Nr. 2/1975
- 3) Süddeutsche Zeitung (SZ), 9.12.1975
- 4) Frankfurter Rundschau (FR), 27.8.1975
- 5) FAZ, 20.11.1975
- 6) Handelsblatt, 16.9.1975
- 7) Vgl. Afrique-Asie, Nr. 97, 14.12.1975
- 8) Ebenda
- 9) Le Monde, 20.12.1975

Wolfram Brönner

Votum für den sozialistischen Weg

Nach dem Volksaufstand gegen einen ultrarechten Putschversuch im Mai 1975 kam es im August 1975 zur Durchsetzung einer revolutionären Volksverwaltung in der Provinz Vientiane (dieses 20% des Landes umfassende Gebiet beherrschten bis zu diesem Zeitpunkt proimperialistische Kräfte). Im Anschluß daran hatten in ganz Laos abgehaltene Wahlen neuer Volksvertreter einen überwältigenden Erfolg für die Patriotische Front von Laos (Neo Lao Haksat, deren militärische Abteilung die Pathet Lao ist) erbracht. Aus ihr gingen neben neuen Volksräten und Verwaltungskomitees auch die 264 Delegierten für den Nationalkongreß der Volksvertreter hervor, der Ende November 1975 in Vientiane zusammentrat und eine Reihe historischer Entscheidungen fällte.

Proklamation der Volksdemokratischen Republik

Am 2. Dezember 1975 beschloß der Nationalkongreß einstimmig die Abschaffung der Monarchie, die Errichtung der Volksdemokratischen Republik Laos sowie die Wahl von Prinz Souvannaphong zum ersten Staatspräsidenten der VDR Laos und zugleich zum Vorsitzenden des 45 Mitglieder zählenden Obersten Volksrates.

Souvannaphong, der seit 1938 am Widerstandskampf gegen den französischen Kolonialismus teilnahm und am 12. Oktober 1945 nach der Niederlage der japanischen Okkupanten die Unabhängigkeit von Laos proklamierte, war seit der Gründung der Neo Lao Haksat im Jahre 1956 ihr Vorsitzender.

Der vom Nationalkongreß zum Ministerpräsidenten der neuen Regierung gewählte Kaysone Phomvihane ist stellvertretender Vorsitzender der Neo Lao Haksat und Generalsekretär der marxistisch-leninistischen Partei des Landes, die 1934 als laotisches Komitee der Kommunistischen Partei Indochinas gegründet und 1955 in Revolutionäre Volkspartei von Laos umbenannt wurde. Ihre Rolle als führende Kraft des nationalen Befreiungskampfes honorierten die Volksvertreter, indem sie u.ä. vier Führungsmitglieder der Revolutionären Volkspartei von Laos zu stellvertretenden Ministerpräsidenten wählten und der Partei in der Schlußerklärung des Nationalkongresses ihr uneingeschränktes Vertrauen ausdrückten.

Weiter heißt es in der Erklärung:

"Die nationaldemokratische Revolution in unserem Lande ist im wesentlichen vollendet. Unser Land ist ein unabhängiger, demokratischer und geeinter Staat geworden. Doch die unheilvollen Folgen des Kolonialismus und Feudalismus sind noch sehr ernst." (ADN, 5.12.1975)

Mit der beschleunigten völligen Liquidierung des alten bürokratischen Apparates und der im Vientianer Gebiet hinterlassenen feudalen und kapitalistischen Verhältnisse, mit der Errichtung einer volksdemokratischen Staatsmacht und eines vorrangigen staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftssektors schlägt Laos einen sozialistischen Weg ein.

Die gegenwärtige Etappe der laotischen Revolution definierte Kaysone Phomvihane Mitte Dezember 1975 in einem Interview folgendermaßen:

"Heute hat unser Vaterland Unabhängigkeit, Demokratie, Einheit und territoriale Integrität errungen und gleichzeitig die grundlegende demokratische Revolution verwirklicht. Die Staatsmacht ist im ganzen Land in der Hand des Volkes. Dadurch werden günstige Bedingungen für den Aufbau einer neuen, gerechten Ordnung, für die Errichtung der Volksdemokratischen Republik Laos geschaffen. Das laotische Volk ist wahrhaft Herr seines Landes und seines Schicksals geworden. Dies eröffnet eine neue Ära, die Ära des Überganges vom Neokolonialismus zur echten Volksdemokratie und zum Aufbau des Sozialismus, ohne den Kapitalismus durchlaufen zu haben." (Neues Deutschland, 17.12.1975)

Schweres neokolonialistisches Erbe

Das 3-Millionen-Volk kann sich hierbei insbesondere auf einen immensen Holzreichtum (über 70% des Landes sind mit Wald bedeckt und Edelhölzer sind neben Zinn der wichtigste Exportartikel) sowie auf gewaltige Wasser- und Energiereserven stützen. Die zu 26% nach Thailand exportierte Energiekapazität soll durch den Ausbau der Wasserkraftwerke von heute 150 auf über 300 Megawatt im Jahre 1978 gesteigert werden. Weiter finden sich Lagerstätten von Zinn, Eisenerz, Steinsalz, Silber und Gold.

Dennoch zählt Laos laut UNO-Statistiken noch immer zu den 25 wirtschaftlich am schwächsten entwickelten Ländern der Welt, und das "Land der Millionen Elefanten" (Lane Xang, so wird Laos in Erinnerung an das Königreich im 14. Jahrhundert genannt) sieht sich durch naturgegebene Nachteile, das schwere neokoloniale Erbe und die von US-Bombardements herrührenden Zerstörungen komplizierten Problemen gegenüber. Denn als einziges Land Südostasiens



Wirtschaftsblockade Thailands

Die thailändische Reaktion und die USA nutzten dies zu einem Zeitpunkt, da in Laos die Würfel für den sozialistischen Weg gefallen waren, zur Verhängung einer Wirtschaftsblockade.

Schon in den Jahren zuvor hatten die USA ihre Kapitalhilfefzusagen mehrfach gestrichen, darunter für einen einst als "größtes Entwicklungshilfeprojekt der westlichen Welt" angepriesenen Staudamm- und Wasserkraftwerkbau ("Mekong-Projekt"). Nun gingen sie in der ersten Dezemberwoche 1975 im Verein mit der thailändischen Reaktion zur Sperrung ihrer Warenlieferungen und darüber hinaus aller thailändisch-laotischen Transitwege über. Die Abriegelung der 1 200 km langen gemeinsamen Grenze geschah zwar unter dem Vorwand, die neue laotische Regierung betreibe Waffenschmuggel und beeinträchtige den thailändischen Bootsverkehr auf dem Mekong, tatsächlich aber zielten Washington und Bangkok, der Frankfurter Allgemeinen vom 16.12.1975 zufolge darauf, Laos gänzlich "von Petroleum- und Lebensmittelzufuhren" abzuschneiden, um so der VDR Laos ihre erpresserischen Forderungen aufzuzwingen.

Wie geplant, geriet die junge Volksrepublik durch diesen totalen Boykott in eine äußerst prekäre Versorgungskrise, mußten zahlreiche Betriebe wegen ausbleibender Rohstoffzufuhren die Produktion zeitweilig einstellen. Doch als die laotische Regierung Hilfe erbat, sandten die sozialistischen Länder in kürzester Zeit die notwendigen Güter ins benachbarte Vietnam, das mit Lastwagenkolonnen über die noch in Reparatur befindlichen Straßen von Haiphong nach Vientiane und von Da Nang nach Savannakhet (Marschzeit 3-4 Tage) die Solidaritätsfrachten weiterbeförderte. Mit aus der DRV, der Sowjetunion und der DDR bereitgestellten Transportmaschinen wurde eine Luftbrücke von Hanoi nach Vientiane eingerichtet. Wie gekonnt das Blockade-Unternehmen gegen die laotische Volksmacht auch angelegt war, es mußte nach mehreren Wochen für gänzlich gescheitert erklärt werden.

Anfang Januar 1976 hob Bangkok daher die Grenzsperrung gegen Laos offiziell wieder auf und setzte zudem die Transportgebühren herunter. Der Grund: Die volksdemokratische Republik Laos geht nun mit Hilfe der DRV daran, die Verkehrswege über vietnamesisches Gebiet beschleunigt auszubauen und sich aus der einseitigen Abhängigkeit von der Wareneinfuhr aus Thailand und den USA zu befreien.

Der abgelöste Präsident Souvanna Phouma (rechts), der neu gewählte Präsident Souvannaphong und Premierminister Kaysone Phomvihane (links).

verfügt Laos über keinen direkten Zugang zum Meer, über keine Eisenbahn und nur wenige befestigte Straßen. Die äußerst zahlreichen Flüsse sind erst zu einem geringen Teil schiffbar gemacht und nur 4% der Landesfläche werden bisher landwirtschaftlich genutzt. Die arbeitsfähige Bevölkerung ist noch zu 90% im landwirtschaftlichen Bereich tätig, während die industrielle Entwicklung erst in den Anfängen steckt. So existieren nur etwas mehr als 200 mittlere und kleine Industrie- und Handwerksbetriebe (zumeist Sägewerke, Lebensmittel- und Textilbetriebe); davon sind mehr als die Hälfte in staatlich-genossenschaftlichem oder halbstaatlichem Besitz. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Vongvichit auf einer Großkundgebung am 9.12.1975 betonte, kommt es gegenwärtig nicht zuletzt darauf an, die im Vientianer Gebiet noch beachtliche wirtschaftliche Macht der Kompradorenbourgeoisie vollständig zu brechen. Ferner hinterließ die alte Administration infolge unvorhergesehener Finanzstreichungen seitens der USA und Frankreichs ein zu 68% defizitäres Staatsbudget, eine starke Inflation und eine extrem hohe Importabhängigkeit von den USA, Thailand, Japan und Indonesien. Allein Thailand stellt 25% aller Importwaren. Die ökonomische Abhängigkeit des Landes wird noch dadurch erhöht, daß es über keinen eigenen Hafen verfügt, die Verbindungswege nach Vietnam kaum ausgebaut bzw. durch die Kriegereignisse stark beschädigt sind, so daß Laos seinen gesamten Außenhandel über thailändische Häfen und Landwege abwickeln mußte.

Durch den historischen Sieg in der Ho Chi Minh-Offensive im Frühjahr 1975 hatte das vietnamesische Volk den Grundstein für die Wiedervereinigung des Nordens und des Südens gelegt; sie soll nun auf Beschluß der beratenden politischen Konferenz, die vom 15. bis 21. November 1975 in der Ho Chi Minh-Stadt Saigon zusammentrat, noch im Jahre 1976 auf staatlicher Ebene vollzogen werden.

Die von uns in wesentlichen Auszügen wiedergegebene Rede des Leiters der Delegation aus dem Norden, Truong Chinh, und das in vollem Wortlaut wiedergegebene Schlußkommuniqué der Konferenz erklären die nationale Wiedervereinigung Vietnams auf sozialistischer Grundlage durch allgemeine Wahlen zur Nationalversammlung in ganz Vietnam, die am 25.4.1976 stattfinden werden, zur vorrangigen Aufgabe der gegenwärtigen Etappe und zur Voraussetzung für das weitere Voranschreiten des gesamten Landes auf dem Weg in eine friedliche und blühende Zukunft. Inzwischen haben die Nationalversammlung der DRV die Ergebnisse der Konsultativkonferenz ebenso einstimmig gebilligt wie die 276 Repräsentanten des Kongresses der Vertreter der Bevölkerung Südvietnams.

Schlußkommuniqué der beratenden politischen Konferenz für die Wiedervereinigung des vietnamesischen Vaterlandes

Vom 15. bis 21. November 1975 fand in Ho Chi Minh - Stadt eine gemeinsame beratende politische Konferenz von Delegationen aus Nord- und Südvietnam statt, in deren Verlauf die Probleme der nationalen Wiedervereinigung beraten wurden.

Die Delegation Nordvietnams umfaßte 25 Delegierte unter dem Vorsitz von Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der Partei der Werktätigen Vietnams und Präsident des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV). Als stellvertretende Vorsitzende fungierten Hoang Van Hoan, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und Vizepräsident des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der DRV sowie Tran Huu Duc, Mitglied des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und stellvertretender Premierminister der DRV.

Die Delegation aus dem Süden umfaßte ebenfalls 25 Mitglieder unter dem Vorsitz von Pham Hung, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Werktätigen und Sekretär des südvietnamesischen Komitees der Partei und Repräsentant der Partei innerhalb der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL). Als stellvertretende Vorsitzende fungierten Nguyen Huu Tho, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der FNL und Vorsitzender des Konsultativrates der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) Südvietnams sowie Huynh Tan Phat, Präsident der PRR der Republik Südvietnam und stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums und Generalsekretär des ZK der FNL sowie Trinh Dinh Thao, Präsident des ZK der Allianz für

Nationale Eintracht, Demokratie und Frieden in Vietnam und stellvertretender Vorsitzender des Konsultativrates der PRR Südvietnams.

Die Konferenz verlief in einer Atmosphäre der Begeisterung, geprägt von der Brüderlichkeit und Solidarität, die die Delegationen des Nordens und des Südens verbanden.

Nguyen Huu Tho, Präsident der FNL und Vorsitzender des Konsultativrates der PRR der Republik Südvietnam eröffnete die Konferenz feierlich.

Die vietnamesische Nation ist eins

Truong Chinh, Vorsitzender der Delegation Nordvietnams und Pham Hung, Vorsitzender der Delegation aus dem Süden, hoben zwei grundlegende politische Faktoren mit besonderem Nachdruck hervor. Die Konferenz erinnerte in begeisternder Weise an die unermeßlichen Verdienste des Präsidenten Ho Chi Minh, der sein ganzes Leben der Unabhängigkeit und nationalen Wiedervereinigung, der Freiheit und dem Glück des vietnamesischen Volkes weihte. Die Konferenz drückte ihre tiefe Dankbarkeit für die Kämpfer und Patrioten aus, die ihr Leben heldenhaft für das Vaterland opferten und dadurch einmal mehr die Tradition des mutigen, beharrlichen und unbeugsamen Kampfes unserer Nation bezeugten.

Die Diskussionen fanden in einer freudigen, lebendigen und demokratischen Atmosphäre statt, und die Delegierten setzten sich gründlich mit den Problemen auseinander, die gegenwärtig auf der Tagesordnung stehen.

Die Konferenz billigte einstimmig alle die



Ein historisches Moment: 30. April 1975 - die Befreiungstrenitkräfte erobern den Präsidentenpalast in Saigon

Politik, die Etappen und die Maßnahmen betreffenden Fragen, die die nationale Wiedervereinigung auf staatlicher Ebene zum Ziel haben, womit sie den eisernen Willen und das ganze Streben unseres Landes zum Ausdruck brachte.

Die Konferenz bekräftigte, daß Vietnam und die vietnamesische Nation eins sind. Die vietnamesische Nation hat seit den Königen Hung bis zur ruhmreichen Epoche Ho Chi Minhs zahlreiche Etappen des Kampfes zur Verteidigung der Unabhängigkeit, der Freiheit und der Einheit des Vaterlandes durchlebt.

Ho Chi Minhs Proklamation der Unabhängigkeit 1945

In der Ära Ho Chi Minhs hat unser Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Indochinas, der heutigen Partei der Werktätigen Vietnams, die August-Revolution siegreich beendet, in der unser Volk die Herrschaft der Imperialisten und Feudalherren zerschlug. Der Präsident Ho Chi Minh verlas am 2. September 1945 vor allen Ländern und Völkern der Erde die historische Unabhängigkeitserklärung, in der er die Geburt der Demokratischen Republik Vietnam verkündete. Mit der DRV entstand in

Südostasien ein erster volksdemokratischer Staat, der sich auf eine Nationalversammlung, auf eine Zentrale Regierung und auf verschiedene Organe der lokalen Volksmacht stützte und der den Norden wie den Süden des Landes umschloß.

Nach der August-Revolution verübten die französischen Kolonialisten von neuem eine Aggression gegen Vietnam. Dem Aufruf Ho Chi Minhs folgend erhob sich die ganze Nation. Sie leistete einen neun Jahre andauernden Widerstandskampf, der schließlich in den großen Sieg von Dien Bien Phu mündete und durch den die französischen Kolonialisten 1954 gezwungen wurden, die Genfer Verträge zu unterzeichnen, die die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams anerkannten.

20 Jahre Widerstandskampf gegen die USA

Indessen war der amerikanische Imperialismus nicht bereit, auf seine Manöver, die auf eine Intervention in Indochina abzielten, zu verzichten. Die Amerikaner traten die Nachfolge der französischen Kolonialisten an. Sie schlugen den Weg einer umfassenden Aggression ein mit der Absicht, unser Land zu spalten,

den Süden unseres Landes in eine Neokolonie und Militärbasis der USA zu verwandeln, Südvietnam als Sprungbrett für Angriffe gegen die DRV zu benutzen, um die Ausbreitung des Sozialismus in Südostasien zu verhindern und um die in Indochina im Aufstieg begriffene nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen.

Unsere Patrioten haben im ganzen Land heldenhaft gegen diese heimtückischen Manöver der amerikanischen Imperialisten gekämpft.

Im befreiten Norden des Landes begann man mit der sozialistischen Revolution, mit dem Aufbau des Sozialismus, womit Nordvietnam zur festen Basis für die Revolution im ganzen Land wurde.

Unter der weitsichtigen Führung der Partei der Werktätigen Vietnams und fest vereint mit den Völkern von Laos und Kambodscha hat unser Volk für das Wohl der Nation 20 Jahre lang Widerstand gegen den US-Imperialismus geleistet, gestützt auf die großmütige Hilfe der sozialistischen Bruderländer und der Völker der Erde, einschließlich des fortschrittlichen Teils des amerikanischen Volkes. Wir errangen Sieg für Sieg und zwangen die amerikanischen Imperialisten 1973 zur Unterzeichnung des Pariser Vertrages, zur Respektierung der nationalen Grundrechte unseres Volkes sowie zum Abzug ihrer Truppen und der Truppen ihrer Satellitenstaaten aus Südvietnam.

Der ruhmreiche Sieg vom Frühjahr 1975

Jedoch wurden die Abmachungen bereits unmittelbar nach Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Vertrages von den US-Imperialisten und ihren Lakaien in erheblichem Maße verletzt. Infolgedessen mußte unser Volk ohne Atempause weiterkämpfen, um sie nach und nach zu entkräften und in die Niederlage zu treiben. Die Offensiven und die weitverbreiteten Aufstände unseres Volkes und unserer Streitkräfte im Frühjahr 1975, die von dem historischen Ho Chi Minh-Feldzug abgeschlossen wurden, haben den Imperialisten den Todesstoß versetzt und wurden von einem ruhmreichen Sieg gekrönt, mit dem das neokolonialistische amerikanische Regime in Südvietnam hinweggefegt wurde. Seit dem 30. April 1975 hat unser Land die vollständige Unabhängigkeit wiedererlangt und in Wirklichkeit sind die nördliche und die südliche Zone unseres Landes in mehrfacher Hinsicht bereits wiedervereint. Jetzt ist die Vollendung der nationalen Wiedervereinigung für die Geschichte unserer Nation und für die Zukunft unseres Vaterlandes zu einer außerordentlich wichtigen Aufgabe geworden.

Sozialismus – Garant einer glücklichen Zukunft

Die beratende Konferenz hat in voller Übereinstimmung eingeschätzt, daß die vietnamesische Revolution in eine neue Etappe eingetreten ist, in der das ganze Land gemeinsam die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus in Angriff nimmt. Die nationale Wiedervereinigung muß auf der Grundlage der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus vollendet werden. Dies ist die umfassendste und festgefügteste Wiedervereinigung.

Die Unabhängigkeit, die Einheit des Landes und der Sozialismus sind eng miteinander verbunden. Der Sozialismus ist das unverzichtbare Ziel der vietnamesischen Gesellschaft, der Sozialismus ist der einzige Weg, um für immer die Unabhängigkeit und Einheit zu bewahren, um ein blühendes Land mit einer machtvollen Verteidigungskraft, mit einer fortgeschrittenen Kultur und Wissenschaft zu schaffen, und um das Wohlsein und Glück unserer Generation und der nachfolgenden Generationen zu garantieren.

Erste Aufgabe:

Wiedervereinigung auf staatlicher Ebene

Die Konferenz hat einmütig eingeschätzt, daß im Prozeß der Vollendung der Wiedervereinigung des Vaterlandes die wesentliche Aufgabe darin besteht, die nationale Wiedervereinigung auf staatlicher Ebene zu vollziehen. Dies ist die Grundvoraussetzung dafür, unser Land mit raschem, sicherem und machtvollem Schritt zum Sozialismus voranzubringen, unser Volk dazu zu befähigen, sein Schicksal für immer in die eigenen Hände zu nehmen, um Wirtschaft und Kultur planmäßig zu entwickeln, abgestimmt auf die Eigenheiten jeder Zone unseres Landes, und um eine neue Gesellschaft zu errichten und die Menschen in unserem ganzen Land neu zu formen.

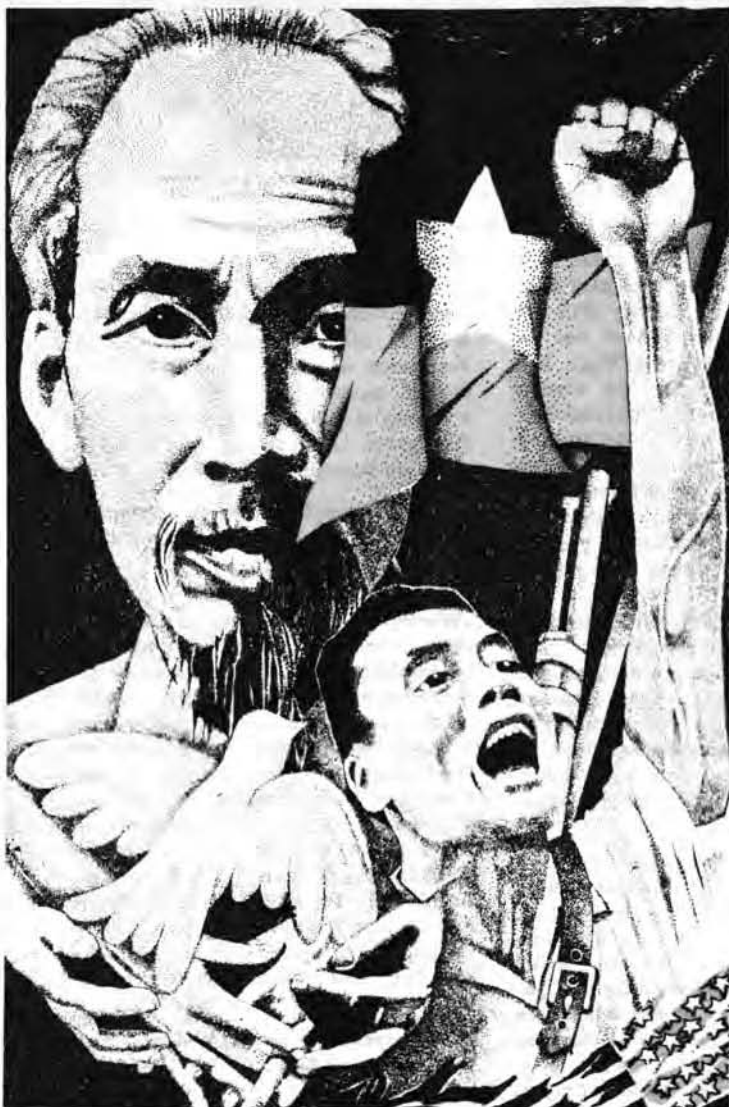
Die Konferenz war sich darin einig, daß in Vietnam so früh wie möglich allgemeine Wahlen zu einer gemeinsamen Nationalversammlung für das ganze Land organisiert werden sollen. Als zukünftiges höchstes Staatsorgan eines unabhängigen und sozialistischen Vietnam wird diese Nationalversammlung die Institutionen festlegen, die leitenden Organe des Staates wählen und eine neue Verfassung für das geeinte Vietnam verabschieden.

Allgemeine Wahlen zur Nationalversammlung

Die Wahlen werden in der ersten Hälfte des Jahres 1976 stattfinden und den demokratischen Prinzipien entsprechen: in einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung.

Die Zahl der Abgeordneten wird nach der Gesamtzahl der Bevölkerung festgelegt - ein Abgeordneter kommt etwa auf 100.000 Bürger.

Das verantwortliche Organ für die Wahlen im gesamten Land ist der nationale Wahlrat, der aus der gleichen Anzahl von Repräsentanten jeder Zone besteht. Dieser Rat hat die Aufgabe, die Wahlen im gesamten Land zu überwachen, die Stimmabgaben zu bilanzieren, die Ergebnisse zu veröffentlichen, den Gewählten ihre Bestätigungsurkunden auszuhändigen sowie vor der Nationalversammlung einen Bericht über den Ausgang der Wahlen zu erstatten. Jede Zone wird so schnell wie möglich ein eigenes verantwortliches Wahlorgan benennen. Im Norden wird das Ständige Komitee der National-



versammlung der DRV das leitende Wahlorgan sein, im Süden der Konsultativrat der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Außer den allgemeinen vorrangigen Problemen, die von der Konferenz festgelegt worden sind,

sollen für die Wahlen die konkreten Probleme einer jeden Zone von den verantwortlichen Organen bestimmt werden.

Ho Chi Minhs Vermächtnis wird erfüllt

Nach einwöchiger Arbeit wurde die beratende politische Konferenz für die Wiedervereinigung des Vaterlandes mit Erfolg abgeschlossen. Dies ist ein wichtiger politischer Sieg für unser gesamtes Volk. Die Konferenz hat den festen Entschluß gefaßt, den Ausspruch des großen Präsidenten Ho Chi Minh in die Tat umzusetzen: "Vietnam ist eins, die vietnamesische Nation ist eins, die Flüsse können versiegen und die Berge abgetragen werden, aber diese Wahrheit wird ewig bestehen bleiben".

Während die Konferenz tagte, haben unsere Patrioten aus dem Norden und Süden Vietnams sowie aus dem Ausland ihre Glückwünsche übermittelt in Form von Grußadressen oder Meetings und Umzügen. Sie haben sich verpflichtet, ihr Bestes zu geben und auf allen Gebieten zu Ehren der Konferenz Erfolge zu erzielen. Damit die Ergebnisse der beratenden politischen Konferenz zur nationalen Wiedervereinigung weitergeführt werden, sollen unsere Kader, die gesamte Bevölkerung von Lang Son bis Ca Man das Banner des Patriotismus und des Sozialismus noch höher halten, indem sie sich mit einem einzigen Herzen vereinen, indem sie auf dem Gebiet der Arbeit und der Produktion die Wettbewerbserfolge effektiv nutzen, Sparsamkeit üben, die Arbeitsmethoden verbessern, Realismus an den Tag legen, sich um die Interessen der Volksmassen sorgen und das Recht des Volkes, Herr seines eigenen Landes zu sein, respektieren. Dies alles soll so praktiziert werden, daß die herannahenden allgemeinen Wahlen zu einem Erfolg und zu einem wahrhaften Festtag für das ganze Land werden.

Unser Volk, das den alten Kolonialismus des französischen Imperialismus und den Neokolonialismus des amerikanischen Imperialismus besiegt hat, wird zweifellos das Werk des Aufbaus eines friedlichen, unabhängigen, geeinten und sozialistischen Vietnam zu Ende führen und auf diese Weise einen aktiven Beitrag für den Kampf der Völker der Welt um Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus leisten.

Ho Chi Minh - Stadt, den 21. November 1975

Für die Delegation Nordvietnams:
der Vorsitzende Truong Chinh

Für die Delegation Südvietnams:
der Vorsitzende Pham Hung

(Quelle: Bulletin Information du Gouvernement
Revolutionnaire Provisoire, Nr. 44,
Paris 1. Dezember 1975)

„Wenn der Sieg im Widerstandskampf gegen Frankreich mit dem Feldzug in Dien Bien Phu im Jahre 1954 den Zusammenbruch des Kolonialismus einleitete, so ist der Sieg im Widerstandskampf gegen die USA mit der Generaloffensive und dem Aufstand im Frühjahr 1975, dessen Abschluß der historische Ho-Chi-Minh-Feldzug war, das Signal des völligen, unvermeidlichen Bankrotts des Neokolonialismus in der Welt.“ (24. Plenum des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams – PdWV)

Der große Sieg – ein historischer Wendepunkt

Warum hat unser Volk solche glänzenden Siege errungen? Es sind folgende Hauptursachen:

a) Die PdWV und Präsident Ho Chi Minh haben schöpferisch den Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen Vietnams angewandt. Sie haben eine richtige Linie, Standpunkt, Orientierung, richtige Methoden für die Revolution in unserem Land, die von Sieg zu Sieg schreitet, vorgegeben. Vom unbesiegbaren Marxismus-Leninismus beseelt und von den Realitäten Vietnams ausgehend, hat unsere Partei die richtige Linie für den Widerstandskampf gegen die USA festgelegt, den militärischen, politischen und diplomatischen Kampf koordiniert und den Widerstandskampf zum vollständigen Sieg geführt.

b) Unser kluges, tapferes Volk und die Armee schlossen sich wie ein Mann zusammen zum Kampf und zum Sieg über den aggressiven Feind und dessen Handlanger. Die Tradition der Geschlossenheit im Kampf unseres Volkes gegen ausländische Aggressoren, eines Volkes mit mehr als 4000jähriger Geschichte bei der entschlossenen Verteidigung des Landes, sie wurde von der Partei und Präsident Ho Chi Minh mit Aufmerksamkeit entwickelt im Widerstandskampf der USA zur Rettung des Vaterlandes. Unser Volk hat sein revolutionäres Heldentum entwickelt, seinen Kampfeswillen gestählt, die Schwierigkeiten und Entbehrungen gemeistert, angefangen von der Armee bis zum Volk, von den Jungen und Alten; jeder Bürger hat einen würdigen Beitrag für die große Sache des Volkes geleistet. Unsere bewaffneten Kräfte sind aus dem Volk hervorgegangen, und sie kämpfen für das Volk, sie führen sehr gekonnt den Volkskrieg. Sie haben eine straffe Organisation und hohe Disziplin – „Treu der Partei, dem Volk ergeben, kampfbereit und opferbereit für die Sache der Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes, für den Sozialismus. Jede Aufgabe erfüllend, alle Schwierigkeiten meisternd, jeden Feind siegreich schlagend.“ (Ho Chi Minh in der Festrede zum 20. Jahrestag der Armee am 22. 12. 1964)

c) Der Widerstandskampf unseres Volkes gegen die USA, zur Rettung des Vater-

Die vietnamesische Revolution vor neuen großen Aufgaben



Konferenzzeröffnung in Ho Chi Minh - Stadt

landes hat ein mächtiges, festes Hinterland, nämlich den sozialistischen Norden, der stets die Losung: „Für den leiblichen (Bruder im) Süden“ bei der Bereitstellung von Arbeitskräften, Materialien und Ideen für die vordere Kampflinie verwirklichte. Das sozialistische System des Nordens entfaltete in den schweren Prüfungen des Krieges seine Überlegenheit, seine Rolle als revolutionärer Stützpunkt und leistete den entscheidenden Beitrag für die gemeinsame revolutionäre Sache des gesamten Landes.

d) Schulter an Schulter mit dem laotischen und kambodschanischen Volk kämpfte unser Volk gegen den gemeinsamen Feind – den USA-Imperialismus, zerschlug das Joch, die Unterdrückung und die hinterlistigen Manöver der USA gegenüber Indochina und Südostasien, zur Rückerlangung der Unabhängigkeit und Freiheit.

Im Widerstandskampf gegen die USA zur Rettung des Vaterlandes wurde unser Volk stets von der Sowjetunion, China und von den anderen sozialistischen Bruderländern von ganzem Herzen materiell und ideell unterstützt. Die gerechte Sache unseres Volkes erhielt die große Zustimmung und Unterstützung der friedliebenden und gerechtigkeitsliebenden Völker der Welt, darunter auch der fortschrittlichen Bevölkerung der USA. Aus diesem Anlaß bringt unser Volk seinen herzlichen, aufrichtigen Dank gegenüber allen Brüdern und Freunden der fünf Kontinente zum Ausdruck.

Die augenblicklichen Aufgaben der vietnamesischen Revolution

Mit dem großen Sieg unseres ganzen

Volkes und unserer gesamten Armee in der Offensive und Erhebung in diesem Frühjahr wurde eine neue Etappe eröffnet. Die strategische Aufgabe der Revolution in unserem Lande in dieser Etappe besteht darin: die Wiedervereinigung des Landes zu vollenden und das ganze Land schnell, stark und sicher zum Sozialismus zu führen.

Warum vollziehen wir die Wiedervereinigung unseres Landes auf der Grundlage der Unabhängigkeit?

Weil unser Volk entschlossen war, eine „Wiedervereinigung“ des Landes unter dem Herrschaftsjoch der französischen Kolonialisten und ihrer feudalistischen Handlangerclique sowie eine „Wiedervereinigung“ des Landes unter dem Herrschaftsjoch des amerikanischen Neokolonialismus und der Clique der Kompradorenbourgeoisie und der pro-amerikanischen Großgrundbesitzer und Feudalen abzulehnen. Für uns ist die wirkliche Wiedervereinigung nur auf der Grundlage der wahrhaften Unabhängigkeit möglich, und nur nach der Erringung der vollständigen Unabhängigkeit kann die vollständige Wiedervereinigung verwirklicht werden.

Warum vollziehen wir die Wiedervereinigung des Landes auf der Grundlage des Sozialismus?

Weil der Sozialismus die Freiheit und das Glück des Volkes bedeutet. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist eine Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eine Gesellschaftsordnung, in der jeder entsprechend seinen Möglichkeiten arbeitet und entsprechend seinen Arbeitsergebnissen lebt. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist eine Gesellschaftsordnung, die eine blühende Wirtschaft, eine

entwickelte Kultur, Wissenschaft und Technik besitzt und in der die nationale Verteidigung gestärkt wird, das Recht des Volkes, kollektiver Besitzer zu sein, die nationale Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie die Glaubensfreiheit gewährleistet sind. Der Sozialismus entspricht dem Wunsch und den edlen Interessen der Werktätigen (der körperlich und geistig tätigen Menschen) und eines jeden fortschrittlichen Menschen. Der Sozialismus ist die unabdingbare Entwicklungstendenz der menschlichen Gesellschaft.

Der Aufbau des Sozialismus ist keine leichte Aufgabe. Er ist eine Aufgabe, die eine fleißige und schöpferische Arbeit erfordert, eine Arbeit, die man mit technischen Kenntnissen, mit Disziplin und hoher Arbeitsproduktivität durchführen muß, wobei man beharrlich kämpfen, Schwierigkeiten überwinden und anfangs Schwierigkeiten und Entbehrungen auf sich nehmen muß. Nur auf dieser Grundlage kann ein Leben in wahrhaftem Wohlstand und Glück herbeigeführt werden, vor allem unter den Bedingungen unseres Landes, das arm und rückständig ist und außerdem im Krieg schwer zerstört wurde.

Die sozialistische Revolution umfaßt die sozialistische Umgestaltung und den Aufbau des Sozialismus. Die zentrale Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus ist die sozialistische Industrialisierung. Sie ist uns eine gänzlich neue und komplizierte Aufgabe. Wir werden arbeiten und gleichzeitig Erfahrungen sammeln, entschlossen die Schwierigkeiten überwinden, beharrlich kämpfen und mit Sicherheit den Sieg davontragen.

Der Norden baut den Sozialismus auf. Nur durch das Voranschreiten beider Teile des Landes zum Sozialismus können die Grundlagen für eine wirkliche und stabile Wiedervereinigung des Landes geschaffen werden.

Die Frage der Gestaltung der Zukunft des Volkes und unseres Landes hat unsere Partei nicht erst nach der Befreiung der Hälfte des Landes oder nach der Befreiung des ganzen Landes gestellt. Sofort nach ihrer Gründung hat unsere Partei dieses Ziel der Revolution klar und eindeutig festgelegt.

Unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen kann unser Land nach der Erringung der Unabhängigkeit nur in einer der folgenden zwei Richtungen voranschreiten: entweder auf dem Weg des Übergangs zum Sozialismus oder auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung. Der Weg des Kapitalismus ist ein Weg voller Blut und Tränen von Millionen werktätiger Massen, ein Regime der äußerst brutalen Unterdrückung und Ausbeutung sowie der abscheulichsten sozialen Mißstände, die man täglich in den USA, in den anderen kapitalistischen Staaten – und selbst damals im Süden – beobachten kann. Wir sind entschlossen, diesen leidvollen und dunklen Weg nicht zu gehen. Der helle Weg kann nur der Weg zum Sozialismus sein. Er

ist der einzige Weg, der unser Vaterland zum Wohlstand und unser ganzes Volk zum Glück führt und der unserem Land für immer die Unabhängigkeit und Einheit garantiert.

Mit dem großen Sieg der Generaloffensive und der Erhebung im Frühjahr 1975 wurde die Etappe der nationalen, volksdemokratischen Revolution im Süden sichtbar beendet und für unsere Bevölkerung im Süden eine neue Etappe mit neuen strategischen Aufgaben, die Etappe der sozialistischen Revolution eröffnet. Nach dem Zusammenbruch der neokolonialistischen Ordnung der USA im Süden kann die südvietnamesische Bevölkerung nicht stehenbleiben, sondern sie muß sofort zur sozialistischen Revolution übergehen.

Konkret muß sie die schrittweise sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und die Schaffung der ersten Grundlagen des Sozialismus in Angriff nehmen. Gleichzeitig gilt es, durch folgende Aktionen die übrigen, noch nicht erfüllten Aufgaben der nationalen, volksdemokratischen Revolution zu lösen: Mobilisierung der Volksmassen zur Errichtung der revolutionären Volksmachtorgane, Befähigung der Bevölkerung, wirklich Herr ihres eigenen Schicksals zu sein; Niederhalten der Konterrevolution, Hilfe bei der Umerzierung derer, die früher in der Marionettenarmee und der Marionettenadministration tätig waren, damit sie für die Gesellschaft nützliche Menschen werden; Beseitigung der Oberreste des Feudalrechts auf Landbesitz sowie die völlige Lösung der Frage „Das Land denen, die es bearbeiten“, in den Orten, in denen diese Frage noch auf der Tagesordnung des gesellschaftlichen Lebens steht.

Angesichts des vollständigen Sieges im Widerstandskampf gegen die USA gehen wir davon aus, daß, wenn bisher zwei strategische Aufgaben zu erfüllen waren – der Norden führt die sozialistische Revolution durch und baut den Sozialismus auf, der Süden verwirklicht die nationale, volksdemokratische Revolution –, jetzt dazu übergegangen wird, daß wir gemeinsam eine strategische Aufgabe, die Aufgabe der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus erfüllen.

Inhalt und Zielsetzung der Vollendung der Wiedervereinigung unseres Landes

Heute sind beide Teile unseres Landes in vieler Hinsicht bereits einheitlich und gleich.

Bezüglich der führenden Rolle der Revolution wird die revolutionäre Sache der Bevölkerung in den beiden Teilen des Landes von einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei geführt. Seit mehr als 45 Jahren existiert diese Führung, und sie wird immer mehr gefestigt und verstärkt. Unter der Führung der Partei und des Präsidenten Ho Chi Minh wurden die Augustrevolution, der Widerstandskampf gegen die französischen Kolonialisten und der Widerstandskampf gegen die USA-Imperialisten zum Siege sowie der Aufbau des So-

zialismus im Norden zu bemerkenswerten Erfolgen geführt.

Hinsichtlich der revolutionären Kräfte haben beide Teile des Landes die nationale Einheitsfront, deren Grundlage das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern ist, die bewaffneten Volkskräfte mit drei Truppenarten: reguläre Truppen, örtliche Truppen und Volksmiliz sowie Kampfgruppen. Beide Teile des Landes verfügen über Volkspolizei und über die revolutionären Machtorgane des Volkes, die die historische Aufgabe der Diktatur des Proletariats erfüllen, das Recht der Machtausübung durch das Volk gewährleisten, die Konterrevolution niederhalten und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen.

Hinsichtlich der revolutionären Aufgaben müssen beide Teile in der neuen Etappe einen Beitrag zur Vollendung der Wiedervereinigung des Landes leisten und gemeinsam die sozialistische Revolution durchführen und den Sozialismus auf unterschiedlichem Niveau aufbauen. Der Norden, der auf dem Weg des Übergangs zum Sozialismus gegenüber dem Süden einen Vorlauf hat, muß heute seine ganze Kraft einsetzen, um dem Süden so zu helfen, daß er den Norden einholt, so wie er gemeinsam mit dem Süden den Widerstandskampf gegen die USA, zur Rettung des Vaterlandes zum vollständigen Sieg geführt hat.

Gegenwärtig gibt es jedoch in den beiden Teilen des Landes noch Unterschiede, die im Prozeß der Revolution schrittweise beseitigt werden müssen.

In der Wirtschaft existieren im Norden gegenwärtig im wesentlichen zwei Wirtschaftssektoren (der staatliche und kollektive Wirtschaftssektor sowie eine ganz geringe Anzahl von Einzelwirtschaften). Im Süden existieren fünf Wirtschaftssektoren (der staatliche, der kollektive, der privatwirtschaftliche mit staatlicher Beteiligung, der privatkapitalistische und die Einzelwirtschaften). Im Norden hat das sozialistische Eigentum an den hauptsächlichsten Produktionsmitteln zwei Formen: das Eigentum des ganzen Volkes und das kollektive Eigentum sowie die sozialistischen Produktionsverhältnisse die absolute Überlegenheit. Im Süden sind das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln und die sozialistischen Produktionsverhältnisse gerade erst dabei, sich herauszubilden. Die Wirtschaft des Nordens ist bereits eine Planwirtschaft, und im Süden wird erst begonnen, einen ganz kleinen Teil der Wirtschaft zu planen. Das Lohn- und Steuersystem sowie die Preispolitik und die Währung sind in beiden Teilen des Landes noch nicht einheitlich.

Bezüglich der sozialen Klassen im Norden wurden die Ausbeuterklassen (Bourgeoisie und Großgrundbesitzer) bereits umerzogen. Gegenwärtig existieren in der Gesellschaft des Nordens die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern und die Schicht der sozialistischen Intelligenz. Im Süden existieren gegenwärtig die



Nach der Befreiung im Frühjahr 1975 übernahmen diese Arbeiter von Da Nang ihren Betrieb und setzten die Produktion unverzüglich in Gang.

Arbeiterklasse, die Klasse der Bauern, die Klasse des Kleinbürgertums, die Klasse der nationalen Bourgeoisie, die Klasse der Kompradorenbourgeoisie und Überbleibsel der Klasse der feudalen Großgrundbesitzer. In der Gesellschaft des Südens sind die Klassen der Einzelbauern und des Kleinbürgertums zahlenmäßig sehr stark.

Hinsichtlich des Staates ist Vietnam ein Staat, aber dem Namen nach ist es noch in zwei Staaten geteilt.

Das Problem, das vor uns steht, ist, das Übereinstimmende und die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Teilen des Landes zu verstärken und zu vervollkommen. Gleichzeitig gilt es, die Ungleichheiten und die Unterschiede zwischen den beiden Teilen des Landes schrittweise im Prozeß der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus zu beseitigen.

Die Vollendung der Wiedervereinigung des Landes besteht in der Verwirklichung der Einheit der beiden Teile des Landes hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Ordnung, konkret der Wirtschaftsstruktur, der Produktionsverhältnisse, der sozialen Struktur, der Organisation des Staates, der Verfassung, des Rechtswesens, der Kultur und Ideologie usw.

Gegenwärtig gilt es, die Wiedervereinigung des Landes auf staatlicher Ebene, die einheitliche Leitung der Wirtschaft und des Finanzwesens zu verstärken, damit beide Teile schnell einander ergänzen, die vorhandenen Potenzen entfalten, die menschlichen

und materiellen Ressourcen im ganzen Lande rationell nutzen und die Sache der sozialistischen Revolution tatkräftig vorantreiben.

In der gesamten Kette der Vollendung der Wiedervereinigung des Vaterlandes ist gegenwärtig die Verwirklichung der staatlichen Wiedervereinigung des Landes das Hauptkettenglied, das wir in Angriff nehmen, bewältigen und gut meistern müssen.

Der Norden darf nicht stehenbleiben und auf den Süden warten, sondern muß bei der Verwirklichung der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus noch stärker voranschreiten, um weitere günstige Voraussetzungen zu schaffen, damit der Süden voranschreitet und den Norden einholt. Der Süden muß auch nicht alle Aufgaben der nationalen, volkdemokratischen Revolution erfüllen und dann erst die sozialistische Revolution durchführen und den Sozialismus aufbauen, sondern er muß alle günstigen Voraussetzungen und die Erfahrungen des Nordens beim Aufbau des Sozialismus nutzen, sofort zur Erfüllung der Aufgaben in der neuen Etappe übergehen.

Um das Übereinstimmende und Gemeinsame in beiden Teilen des Landes zu verstärken und zu vervollkommen, ist es erforderlich, die einheitliche Führung der revolutionären Sache des Volkes im ganzen Lande durch die Partei zu verstärken. Um zur einheitlichen Verwirklichung des Programms und des Statutes der Nationalen Front für die

Befreiung Südvietnams und der Vaterländischen Front Vietnams zu gelangen, ist es erforderlich, auf dieser Grundlage die Fronten organisatorisch zu vereinigen sowie die Befreiungsarmee Südvietnams mit der Vietnamesischen Volksarmee bezüglich ihrer Bezeichnung und ihrer Funktion, ihrer Rechte und Pflichten, ihrer Dienstvorschriften, ihres Statutes und ihrer Ordnungen usw. zu vereinigen. Es gilt, den Aufbau der revolutionären Machtorgane des Volkes im Süden gut weiterzuführen, damit sie in der Lage sind, den historischen Aufgaben der Diktatur des Proletariats gerecht zu werden. Beide Teile des Landes müssen die Aufgaben der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus gut erfüllen und ihre ganze Kraft einsetzen, um die Menschen zum Patriotismus, zur Liebe zum Sozialismus zu erziehen, die Gefühle der nationalen Einheit und der Einheit des Landes zu vertiefen sowie falsche und rückständige Auffassungen zu überwinden, die ein Hindernis für die Vollendung der Wiedervereinigung des Vaterlandes darstellen.

Andererseits muß der Süden zur schrittweisen Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den beiden Teilen des Landes die private kapitalistische Wirtschaft und die Einzelwirtschaft so lenken, daß sie sich günstig auf den Staatsplan und das Leben der Bevölkerung auswirken. Die privatkapitalistische Industrie und der Handel, die Landwirtschaft, das Handwerk und der Kleinhandel müssen schrittweise sozialistisch umgestaltet werden. Der staatliche

Sektor in der Wirtschaft, die Kollektivwirtschaft und die Privatbetriebe mit staatlicher Beteiligung müssen geschaffen werden. Es gilt, die Untersuchung und die statistische Analyse der Wirtschaft, der Bevölkerungszahl usw. zu beschleunigen, um zur Planung der Volkswirtschaft des Südens überzugehen. In diesem Prozeß wird sich eine Annäherung und Vereinheitlichung der beiden Teile des Landes bezüglich der Wirtschaftssektoren, der Produktionsverhältnisse sowie der sozialen Struktur vollziehen.

Die Wiedervereinigung des Landes hinsichtlich der Wirtschaft ist sehr vorteilhaft, weil die Wirtschaften der beiden Teile des Landes einander ergänzen werden; wir werden dadurch günstige Voraussetzungen zur Entfaltung der Vorteile und zur Überwindung der Schwächen jedes Teiles des Landes haben. Durch die vereinte Kraft des ganzen Landes werden große Möglichkeiten geschaffen, um die Wirtschaftsgebiete in beiden Teilen des Landes festzulegen, die Produktionskräfte neu aufzuteilen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung neu zu gestalten, die sozialistische Industrialisierung zu verstärken, die Verbesserung der Wirtschaftsleitung und die Planung der Volkswirtschaft im ganzen Lande zu verstärken, das Leben des Volkes zu verbessern, die Produktion von Waren für den Export schnell zu erhöhen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zu erweitern.

Zur Überwindung der Unterschiede zwischen beiden Teilen des Landes bezüglich der Ideologie und der Kultur ist es erforderlich, daß im Norden weiterhin die Aufgaben der ideologischen Arbeit, die vom ZK der PdWV gestellt wurden, erfüllt werden. Gleichzeitig gilt es, die konkrete Lage im Süden genau zu studieren, die Anforderungen und den Inhalt der ideologisch-kulturellen Revolution im Süden festzulegen mit dem Ziel, die vorhandenen Vorteile zu entwickeln, den Kampf gegen das hinterlassene Gift des Neokolonialismus und die Überbleibsel der feudalistischen Ideologie zu führen, das Analphabetentum zu beseitigen, das Bildungsniveau zu erhöhen, die Volksbildung zu entwickeln, für Hygiene, Krankheitsprophylaxe, für die Verwirklichung einer neuen Lebensweise sowie Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft und Technik zu agitieren; Aufbau einer populären, sozialistischen Nationalkultur und Herausbildung eines neuen sozialistischen Menschen im ganzen Lande.

Dringlich notwendige Maßnahmen zur Verwirklichung der staatlichen Wiedervereinigung des Landes

Zur Verwirklichung der Wiedervereinigung des Vaterlandes entsprechend dem obengenannten Inhalt und Anforderungen, um unser Land zum Sozialismus zu führen, ist es gegenwärtig notwendig, die Wiedervereinigung unseres Landes auf staatlicher Ebene zu vollziehen.

Die gegenwärtig in beiden Teilen existierenden Staatsapparate sind scharfe Waffen zur Verwirklichung der Linie und Politik der PdWV, darin kommt die kollektive Machtausübung des Volkes zum Ausdruck. Die Funktionen des Staates bestehen nicht nur in der administrativen Leitung und der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Der Staat spielt eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung der alten Gesellschaft, beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, bei der Organisation und Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Gesellschaft. Er gewährleistet eine ununterbrochene Verbesserung des Lebens des Volkes. Er gewährleistet eine nützliche Entwicklung mit hohem Tempo bei der sozialistischen Umgestaltung und beim Aufbau des Sozialismus.

Die Staatsmacht in beiden Teilen gehört bereits dem Volk. So ist die Verwirklichung der Wiedervereinigung dieser beiden Machtapparate eine Sache des Volkes des gesamten Landes und wird vom Volk durchgeführt. Das Volk beteiligt sich freiwillig und aus eigenem Antrieb an der Verwirklichung der Wiedervereinigung des Landes auf staatlicher Ebene.

1. Wir führen gegenwärtig eine Politische Konsultativkonferenz von Delegierten beider Teile durch. Diese Konferenz stellt sich folgende Ziele: Die Vereinheitlichung der Auffassungen über die Anforderungen und den Inhalt der Wiedervereinigung des Landes, über die Wichtigkeit und Dringlichkeit, die Schritte und Maßnahmen zur Verwirklichung der Wiedervereinigung des Landes auf staatlicher Ebene. Die wichtigste Maßnahme ist die Organisation der allgemeinen Wahlen zur gemeinsamen Nationalversammlung des ganzen Landes.

2. Der Tag der allgemeinen Wahlen zur gemeinsamen Nationalversammlung des ganzen Landes wird ein großer Feiertag des ganzen Volkes sein. Zunächst muß der Termin der allgemeinen Wahlen im ganzen Lande festgelegt werden.

Es ist auch notwendig, die Gesamtzahl der Abgeordneten der Nationalversammlung und die Anzahl der Vertreter jedes Landesteiles zu bestimmen. Nach der kürzlichen Volkszählung gibt es gegenwärtig im Norden 24 Millionen Einwohner, in Südvietnam gibt es nach statistischen Angaben der Marionettenverwaltung etwa 20 Millionen Einwohner. Diese Zahl ist nicht genau. Deswegen ist es notwendig, in Südvietnam eine Volkszählung durchzuführen, um die allgemeinen Wahlen und die Aufstellung des Staatsplanes vorzubereiten.

3. Die Politische Konsultativkonferenz soll den Termin der Einberufung der ersten Sitzung der Nationalversammlung, die Institutionen und den Ort der ersten Sitzung der Nationalversammlung festlegen.

Liebe Genossen und Freunde!

Das waren die allgemeinen Festlegungen der Delegation des Nordens über das Problem der Wiedervereinigung des Landes, um das ganze Land auf den Weg des Sozialismus zu führen. Das sind unsere Auffassungen zur Wiedervereinigung des Landes auf staatlicher Ebene, einer Schlüsselaufgabe, die durchzuführen notwendig ist, um günstige Voraussetzungen für die allseitige Wiedervereinigung des Landes zu schaffen. In seinem Vermächtnis schrieb Präsident Ho: „Wie groß die Schwierigkeiten und Entbehrungen auch sein mögen, es ist gewiß, daß unser Volk den endgültigen Sieg erringen wird. Es ist gewiß, daß eines Tages alle amerikanischen Aggressoren aus unserem Land verjagt werden. Es ist gewiß, daß unser Vaterland wiedervereintigt sein wird. Es ist gewiß, daß unsere Landsleute im Süden und im Norden wie eine Familie zusammenleben werden.“ Wir haben verwirklicht und verwirklichen weiter diese Prognose des hochverehrten Onkel Ho.

(Aus „Nhan Dan“ vom 17. 11. 1975)

Helft ihnen beim WIEDERAUFBAU!



Hilfsaktion Vietnam e.V.

PS Konto 900 40-430

PS Amt Essen

Selbstbestimmungsrecht für das Volk der Westsahara

Am 14. November 1975 unterzeichneten Spanien, Marokko und Mauretanien das sogenannte Abkommen von Madrid, in dem die Ansprüche Marokkos und Mauretaniens auf das Gebiet der Westsahara anerkannt wurden. Dieser Vertrag, der bisher nicht veröffentlicht wurde, sieht vor, daß sich die spanische Kolonialarmee bis zum 28. Februar d.J. aus der Westsahara zurückzieht, daß die spanische Phosphatgesellschaft, die den einzigen Reichtum der Westsahara ausbeutet, an Marokko übergeht, Spanien jedoch weiterhin einen Anteil von 35% zugestanden wird. Das Territorium der Westsahara soll zu etwa gleichen Teilen Marokko und Mauretanien einverleibt werden. Trotz heftiger Proteste seitens Algeriens, Libyens oder der UNO ist Marokko (Mauretanien spielt eher die Rolle eines Lakaien des marokkanischen Hofes) nicht bereit, seine Ansprüche aufzugeben - und die Westsahara an die rechtmäßige Vertretung der Sahraui, die Frente POLISARIO, zu übergeben. Statt dessen ließ König Hassan II. die Stellungen der abrückenden spanischen Armee sofort von marokkanischen Truppen einnehmen und am 16.12.1975 El-Aiun, die Hauptstadt des Landes besetzen. In den von den Marokkanern okkupierten Dörfern und Städten richteten die Truppen Massaker unter der Bevölkerung an. Massenweise fliehen die Sahraui und schließen sich der Frente POLISARIO an, die gegen die marokkanische Besatzung den bewaffneten Widerstandskampf aufnahm. Nachstehend veröffentlichen wir einen Aufruf zur Unterstützung der Frente POLISARIO, der von einem französischen Solidaritätskomitee im Dezember 1975 herausgegeben wurde. Für Spenden zur Unterstützung der Frente POLISARIO steht das folgende Konto bereit: "Fonds de Solidarité avec le Peuple Sahraoui", CCP 6076-50, Algier - Algerien.

Die westliche Sahara macht zur Zeit eine dramatische Periode in ihrer Geschichte durch. In dem Moment, wo die Bevölkerung der Westsahara nach Jahren des bewaffneten Kampfes und großer Opfer den überwiegenden Teil ihres nationalen Territoriums, seit 1884 unter der Herrschaft des spanischen Kolonialismus, zu befreien beginnt, schließen sich der spanische Faschismus und die expansionistischen Regierungen von Rabat und Nouakchott zusammen, um die Westsahara von neuem zu einer Kolonie zu machen. In einem dreiseitigen Vertrag vom 14. November 1975 wurde dieser schmutzige Kuhhandel besiegelt. In Verletzung der UNO-Beschlüsse beabsichtigen sie, eine gemeinsame Kolonialregierung zu errichten (zwei marokkanische und zwei mauretanische Gouverneure an der Seite des spanischen Gouverneurs Salazar).

Doch das Volk der Sahraui besteht auf seinem Existenzrecht, seinem Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit: Rechte, die ihm vor 10 Jahren von den Vereinten Nationen zuerkannt worden sind.

Die Frente POLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Sanguiat al Hamra und Rio de Oro), die einzig wahre Repräsentantin des Volkes der Westsahara, kämpft gegenwärtig gegen die Invasion bewaffneter marokkanischer Truppen in die befreiten Gebiete. Die Invasion der an Waffen überlegenen Bataillone, die von der marokkanischen Luftwaffe unterstützt wurden, begann am 31. Oktober 1975 im Anschluß an den "Grünen Friedensmarsch".

Die Unterzeichner dieses Aufrufes verurteilen den dreiseitigen Vertrag und die marokkanischen Bestrebungen, das Volk der Westsahara zu unterdrücken und gegebenenfalls sogar auszulöschen.

- Sie fordern den sofortigen Rückzug der letzten spanischen Kolonialtruppen sowie den Rückzug der marokkanischen Invasionstruppen.



- Sie fordern weiterhin, die Frente POLISARIO, die gegenwärtig alle Ansiedlungen dieses Gebiets verwaltet - mit Ausnahme der Bergbaustadt Bu-Craa und der beiden Häfen El Aiun und Villa Cisneros, welche von den spanischen Truppen kontrolliert werden - als rechtmäßige Repräsentantin des Volkes der Westsahara anzuerkennen, wie es die Vertreter der UNO gefordert haben.

- Sie appellieren an die Internationale Gemeinschaft, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zur Anwendung kommen zu lassen und die Souveränität des Volkes der Westsahara in ihrem befreiten Land sofort anzuerkennen.

(Quelle: Comité de Soutien à la Lutte du Peuple Sahraoui, Paris 1975)

Uruguay, seiner wirtschaftlichen Prosperität und stabilen parlamentarischen Tradition wegen einst als Schweiz Lateinamerikas gepriesen, durchlebt gegenwärtig eine Phase wirtschaftlichen Niedergangs und grauenvoller politischer Verfolgung, die nur im faschistischen Chile ihresgleichen finden. "In Uruguay", so resümierte schon vor Monaten die Frankfurter Rundschau (3.4.1975) in einem Bericht über die Repressionsmaßnahmen der Bordaberry-Diktatur, "herrschen Terror und absolute Rechtslosigkeit". Jüngster Höhepunkt der innenpolitischen Terrorkampagne der reaktionären Militärs gegen Regimegegner war eine Verhaftungswelle, die im Oktober 1975 begann und der jüngst auch Liber Seregni, der schon 1973/74 eingekerkerte Vorsitzende der Frente Amplio, erneut zum Opfer fiel. Sergio Sierra, uruguayischer Journalist, beschreibt in seinem für das AIB verfaßten Beitrag die Ausmaße und Ursachen dieser mit dem Chile der Junta vergleichbaren Unterdrückungspolitik des Bordaberry-Regimes.

Sergio Sierra

Eskalation der faschistischen Unterdrückung

Mehr als dreißig Jahre nach der Niederlage des Faschismus auf dem Schlachtfeld versuchen die Erben Hitlers und ihre nordamerikanischen Hintermänner, die südlichen Länder der westlichen Hemisphäre in die Barbarei zurückzustoßen. Dabei geht es nicht nur um die unermeßliche chilenische Tragödie, die jüngsten Schreckensnachrichten aus Uruguay erschüttern alle, die von menschlichen Gefühlen bewegt werden, sie fordern Solidarität mit einem Volk, das sich der Terrorkampagne mutig widersetzt.

Welle offener Repression

Die Bordaberry-Diktatur eröffnete Ende Oktober 1975 eine Welle offener Repression, die seit dem Staatsstreich vom 27. Juni 1973 ohne Beispiel ist. In einem Aktionsplan unter der Leitung des Geheimdienstes der Streitkräfte (Servicio de Inteligencia del Ejército - SIDE) und der Ersten Division unter dem Kommando des Generals Cristi wurden Hunderte von Oppositionellen verschleppt. Man kennt den Aufenthaltsort der Festgenommenen nicht, aber man weiß von Freigelassenen und aus anderen Quellen, daß die Festgenommenen brutalen Folterungen ausgesetzt sind; Folterungen, die im Uruguay von heute systematische Anwendung finden.

Nach Berichten des Internationalen Roten Kreuzes, der UN-Menschenrechtskommission und ausländischer Botschaften pilgern die Eheleute und Familienangehörigen der Gefangenen von Kaserne zu Kaserne, von Militärbehörde zu Militärbehörde, ohne irgendwelche Informationen zu erhalten und ohne die Möglichkeit, den Inhaftierten Nahrungsmittel, Kleidung oder Medikamente zukommen lassen zu können.

Es ist klar, daß die Geheimhaltung der Haftorte den Folterknechten einen größeren Schutz vor Bestrafung gewährt. Im übrigen hat Bordaberry selbst in seiner Polemik mit dem Erzbischof von Montevideo, Monsignore Partelli, "die Strenge und die Notwendigkeit der Verhöre" verteidigt mit dem Vorwand, sie dienten "unblutigen Zielen".

Bei den jüngsten "Razzien" wurden rund 500 Personen verhaftet; mit mehr als 5.000 Inhaftierten ist Uruguay damit bei einer Einwohnerzahl von 2.700.000 das Land mit dem höchsten Anteil politischer Gefangener in der Welt. Die Wohnungen und Häuser der Verfolgten werden geplündert, zerstört, die Bibliotheken vernichtet; die Frauen schweren Belästigungen ausgesetzt. In einigen Fällen, als sie die gesuchte Person nicht antrafen, nahmen sie andere als Geiseln: So geschehen mit einer achtzigjährigen Greisin und einer Jugendlichen.

Lebensgefahr für die Verschleppten

Ernste Befürchtungen bestehen für die physische Unversehrtheit, ja das Leben der Verschleppten. Unter ihnen befinden sich Männer und Frauen von unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft - einige von nationalem und internationalem Ruf, so Prof. José Luis Massera, Mathematiker von Weltrang und eine führende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei sowie des politischen und kulturellen Lebens Uruguays; der Ingenieur Vladímir Turiansky, Vizepräsident der Nationalversammlung der Arbeiter (Convencion Nacional de Trabajadores - CNT), Präsident der Organisation der Angestellten der staatlichen Elektrizitäts- und Telefongesellschaften und Parlamentsabge-

ordneter zur Zeit des Staatsstreiches; Alberto Altesor, ehemals Leiter der Eisenbahngesellschaft, Parlamentsabgeordneter und ebenfalls eine führende Persönlichkeit der kommunistischen Partei Uruguays; ehemalige Ratsherren der Frente Amplio¹⁾; zahlreiche aktive Gewerkschaftler, herausragende Universitätsprofessoren, Erzieher, Journalisten und viele, viele Jugendliche; ehemalige Abgeordnete und andere bedeutende Mitglieder der Nationalpartei, unter ihnen der Sohn des Führers der Mehrheitsfraktion, Ferreira Aldunate, wurden auf dem Höhepunkt der jüngsten Repressionswelle festgenommen.

In den letzten Monaten sind mehrere Uruguayer während der Folter oder an ihren Folgen gestorben. Die Diktatur beginnt, mit der Assistenz von "Spezialisten" der brasilianischen DOPS und der Vereinigten Staaten neue und ausgeklügelte Folterverfahren anzuwenden und bedient sich derselben Unterdrückungsmethoden wie die grauenvolle Junta des Pinochet. Die üblich werdende Form der Verschleppung und das Auftreten von parapolizeilichen Banden vom Typ der AAA²⁾ in Argentinien verschärfen die schmerzliche Ungewißheit über das Schicksal der in jüngster Zeit Verhafteten und erhöhen zugleich die Gefahren für die bereits Eingekehrten. Unter ihnen befinden sich der ehemalige Abgeordnete und der Sekretär der Kommunistischen Partei, Jaime Pérez, der den brutalen Folterungen zu Beginn seiner Haft mit beispielhafter Festigkeit widerstand; der patriotische General Víctor Licandro, eine führende Persönlichkeit der Frente Amplio; der ehemalige Dekan der Ingenieurs-Fakultät, Ing. Américo Ricaldoni und die ehemalige Direktorin der "Institutos Normales", Prof. María E. Aguerre de Viera.

Die Blindheit der Verzweiflung

Die neuerliche Welle der Repression in Uruguay ist gewiß kein Anzeichen für die Stärke der Diktatur Bordaberrys und der reaktionären Militärs. Doch sind die Maßnahmen ohne Zweifel ein schwerer Schlag gegen die Arbeiter- und Volksbewegung; aber er ist letztlich der unvermeidliche Tribut in einem unerbittlichen Kampf, den das uruguayische Volk durchstehen wird. Das demoralisiert die Tyrannen, die zudem durch die Manifestationen internationaler Solidarität in Bedrängnis geraten. Ihre Isolierung steigt von Tag zu Tag, innerhalb und außerhalb der Grenzen. Hinzu kommt das ökonomische Desaster - die schwerste Krise in der Geschichte Uruguays - das der Diktatur jede Möglichkeit raubt, eine stabile Ordnung zu errichten. Die Arbeitslosigkeit und die unablässig steigende Inflation treffen in erster



Erneut inhaftierter L. Seregni

Linie die Arbeiter; aber die Wirtschaftspolitik, die der Weltwährungsfond Uruguay verordnet hat, führt auch zum Ruin vieler weiterer sozialer Gruppen. Inzwischen gibt die Diktatur mehr als 50% des Staatshaushaltes für jene Ministerien aus, die mit Unterdrückungsmaßnahmen betraut sind. Und der Aderlaß durch die Auswanderung ist ohne Ende...

Die Antwort des Regimes auf diese schwerwiegenden Probleme ist blinde Verzweiflung: noch grausamere Unterdrückung. Es sei hinzugefügt, daß, obwohl im November 1976 Wahlen stattfinden müßten und im Gegensatz zu den demagogischen Deklarationen aus den Tagen des Staatsstreiches, die Diktatur aufrechterhalten bleiben soll, sei es nun mit Bordaberry (mit oder ohne Wahlbetrug je nach Geschmack des Yankee-Botschafters Mr. Siracusa, einem bekannten CIA-Agenten) oder mit beliebigen anderen Mitteln. Es ist von daher wahrscheinlich, daß die gegenwärtige Terrorkampagne noch größere Provokationen seitens derer nach sich ziehen wird, die die Macht unrechtmäßig und mit Gewalt ausüben.

Es ist zudem aufschlußreich, daß die Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen in Uruguay, Chile und Brasilien im Anschluß an die XI. Konferenz der Amerikanischen Streitkräfte erfolgte, die Ende Oktober 1975 in Montevideo stattfand und auf der das Pentagon und die faschistischen Diktaturen der südlichen Kegelspitze massive Vorstöße unternahmen, die Streitkräfte des Kontinents als Prätorianergarden gegen die Bevölkerung in ihren eigenen Ländern einzusetzen. Dieses Vorhaben scheiterte an der klugen Haltung der Militärbefehlshaber einiger Länder; aber in Uruguay, Chile und Brasilien nimmt der Terror gegen das Volk zu.

Kraft der Solidarität

Die Bordaberry-Diktatur versucht, die Oppositionsbewegung ihrer Köpfe zu berauben. Trotz

allem wird es ihr nicht gelingen, den Mut des uruguayischen Volkes zu brechen; mehr noch, mit ihren Taten erweitert sie die antidiktatorische Front. In dieser Hinsicht ist die Zuspitzung des Konfliktes mit der Kirche sehr bedeutsam, was kürzlich in der Zensur eines Hirtenbriefes zum Ausdruck kam, der für eine Amnestie und das Ende der Gewalttätigkeit bat. Trotz des Verbotes wurde der Hirtenbrief mit nur einigen kleinen Veränderungen am Text herausgegeben und verteilt. Zum anderen hat die Diktatur katholische Publikationsorgane verboten, den Direktor eines Organs eingekerkert und zudem eine evangelische Zeitschrift verboten. Jüngst wurde der Präsident der uruguayischen Christdemokraten, Arq. Juan Pablo Terra, verhaftet. Man hielt seinen Paß zurück und hinderte ihn damit an der Teilnahme am Weltkongreß der Christdemokratie in Rom 1975. Für das kämpfende uruguayische Volk ist das Wissen um die internationale Solidarität von unschätzbarem Wert. Sie äußert sich auf unterschiedliche Weise und in verschiedenen Ländern. So zum Beispiel in dem Telegramm, das mit den Unterschriften all jener Parlama-

rier nach Uruguay geschickt wurde, die auf der gemeinsamen Sitzung der Parlamente Europas und Lateinamerikas (in Luxemburg, 19. - 21.11.1975) anwesend waren.

Die Rettung des Lebens der Gefangenen, wie das des Mathematikers José Luis Massera, hängt heute zum guten Teil von der Dringlichkeit, von der Energie und der Breite ab, mit denen der weltweite Protest die uruguayische Diktatur trifft.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Die Frente Amplio (Breite Front) wurde im Februar 1971 gebildet; in ihr sind die Sozialistische Partei, die Christdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, Gruppen der Linken, Fraktionen der beiden traditionellen Parteien Colorado und Blanco und bedeutende Persönlichkeiten wie der General Liber Seregni vereinigt. Das Programm der Frente Amplio ist veröffentlicht in AIB Nr. 6-7/1971.
- 2) Die Alianza Anticomunista de Argentina (Argentinische Antikommunistische Allianz - AAA) ist eine faschistische Terrororganisation, auf deren Konto bis heute einige Hundert Morde, Verschleppungen, Geiselnahmen, Bombenanschläge etc. gehen.

Kurzinformation

Chile

In der faschistischen Junta Chiles sind infolge des Scheiterns der Wirtschaftspolitik und der internationalen Isolation zunehmend Meinungsverschiedenheiten zu beobachten: Auf der einen Seite der Rücktritt des Generalstabchefs der Streitkräfte des Landes, General Arellano Stark, und auf der anderen Seite das Ende letzten Jahres von 10 Generälen eingereichte Ultimatum, welches Pinochet zum Rücktritt auffordert und eine sofortige politische Kursänderung verlangt, deuten darauf hin, daß die Meinungsverschiedenheiten der Generäle von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

General Arellano Stark, einer der brutalsten Führer des faschistischen Putsches vom September 1973, gilt als Vertreter einer gewissen innenpolitischen "Öffnung". Es wird sogar für möglich gehalten, daß er bei seinen traditionell guten Kontakten zur Christdemokratischen Partei Chiles eine Ersetzung Pinochets durch Eduardo Frei befürwortet. Nachdem Pinochet im Oktober 1975 versucht hatte, seinen einflußreichen Rivalen General Arellano Stark als Botschafter Chiles nach Spanien abzuschie-

ben, dieser den Posten jedoch nicht annahm, forderte Pinochet nun seine Rücktrittserklärung und berief Washington Carrasco, einen General seines Vertrauens, auf den Posten Starks.

Mit einer anderen Stoßrichtung kritisiert nach Informationen der Le Monde vom 11.1.1976 General Leigh die Regierungsführung Pinochets. Leigh gilt trotz seines Dementis als Initiator des Ultimatums der 10 Generäle. Ihm geht es um eine Imageverbesserung der Junta im Ausland bei gleichzeitiger Stabilisierung des Faschismus. Dieses Ziel will er durch die scheinbare Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte in Chile erreichen, wobei er soweit geht, die Auflösung der Geheimpolizei DINA zu fordern, Pinochets persönliches und wirkungsvollstes Machtinstrument.

Leigh hat erkannt, daß durch Pinochets Wirtschaftspolitik dem Regime die soziale Basis entzogen wird. Von der ständig steigenden Inflation und Arbeitslosigkeit sind heute auch ganz massiv die Mittelschichten betroffen, so daß Pinochet sich fast ausschließlich auf den ihm verbliebenen Einfluß in der Armee und seine direkte Befehlsgewalt über die DINA zu stützen vermag.

Aktion: Schulmaterialien und Sportausrüstungen für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique

Mitte des Jahres 1974 wandte sich das Antimperialistische Informationsbulletin (AIB) mit einem erneuten Aufruf an die Solidaritätsbewegung, Schulmaterialien und Sportausrüstungen für die Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), PAIGC (Guinea-Bissau) und FRELIMO (Moçambique) zu sammeln.

Unzählige Sachspenden sind seitdem beim AIB eingetroffen, Zehntausende von Mark wurden gesammelt und zum Kauf von Solidaritätsgütern verwandt.

Als das AIB 1973 die erste Solidaritätsfracht nach Angola, Guinea-Bissau und Moçambique sandte, waren es 30.000 Schulhefte und 40.000 Bleistifte.

Das Ergebnis der Spendenaktion von 1973 wurde diesmal noch um einiges übertroffen:

- * 35.000 Schulhefte
- * 50.000 Bleistifte
- * 10.000 Radiergummi und Bleistiftspitzer
- * 5.000 Lineale
- * 1.500 Zirkelkästen
- * 200 Schulranzen
und zahlreiches anderes Material
- * 500 Paar Turnschuhe
- * 500 Turnhosen und Turnhemden
sowie Bälle, Stoppuhren etc.

Dieses Material wurde Mitte Januar d.J. abgeschickt und gelangt Ende Januar an seinen Bestimmungsort.

Zwar hat die Situation in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in den letzten Jahren eine grundlegende Veränderung erfahren:

Guinea-Bissau feierte bereits seinen 2. Unabhängigkeitstag; seit dem 25. Juni 1975 ist Moçambique ein freies, unabhängiges Land; und am 11. November 1975 erfolgte die Proklamation der Volksrepublik Angola. Doch hat der US-Imperialismus im Verein mit den Marionettenbewegungen FNLA, UNITA und den südafrikanischen Rassisten einen Interventionskrieg gegen das angolische Volk entfesselt, um zu verhindern, daß die einzig rechtmäßige Befreiungsbewegung Angolas, die MPLA, das Land zur wahren Unabhängigkeit und Freiheit führt. Und noch ist "Angolas zweiter Befreiungskrieg" nicht zu Ende.

In diesem Kampf und bei den so schweren Aufgaben, das Land neu aufzubauen und die Wunden der fast 500jährigen Kolonialherrschaft zu heilen, bedarf es auch weiterhin unserer Solidarität. Das brachte auch die MPLA in einem Brief an das AIB zum Ausdruck:

"An den Bedürfnissen unseres Volkes gemessen, sind unsere Leistungen gering. Auch weiterhin bedürfen wir daher Eurer Solidarität und danken Euch dafür. Schulmaterialien und Sportgeräte sind nach wie vor von großer Wichtigkeit, da - wir Ihr wißt - die Analphabetenrate sehr hoch ist und wir es unbedingt schaffen müssen, sie auf Null zu senken."

Die Schulhefte und Bleistifte werden dabei helfen.

Wir, die Redaktion des AIB, möchten allen, die zum Erfolg dieser Solidaritätsaktion beitrugen, ganz herzlich Dank sagen.

